

GRAMMIG

INTERNACIONAL

DEUTSCHE AUSGABE

HAVANNA
JULI 1997

Postvertriebsstück y 9229
Entgelt bezahlt

Jahrgang 32 Nummer 7
DM 2.50; Preis in Kuba 1.00 USD



- In den letzten Jahren sind die Umzüge in die Hauptstadt überproportional angestiegen. Das verschärft die bereits ernsten Probleme in den Bereichen Wohnen, Arbeit, Nahverkehr und bei der Versorgung mit Wasser und Energie
- Die neue Verordnung verbietet den Zuzug nicht, sondern will ihn regulieren
- Trotz des Alarms ist der Bevölkerungszuwachs im Vergleich zu den restlichen Hauptstädten Lateinamerikas gering

Alle träumen von Havanna ...

Seite 16



Breite Diskussion in der Bevölkerung über den politischen Leitantrag zum 5. Parteitag

Das Dokument
im Wortlaut

Seiten 2 und 5 -12

Weitere Verschärfung des Helms-Burton Gesetzes geplant

Kreuzzug gegen
Kuba verletzt die
Souveränität der
restlichen Staaten

Seite 14



USA verweigern Delegierten die Reise zu den 14. Weltjugendfestspielen

Seite 3

SOLIDARITÄT

Warum Georg Hohmann
dem FMC 20.000 DM spendet

Orden für Klaus Baltruschat

Seite 4

Granma

INTERNACIONAL

ZEITUNG AUS KUBA UND
LATEINAMERIKA

Deutsche
Ausgabe

Avenida General Suárez y Territorial.
Plaza de la Revolución "José Martí",
Apartado Postal 6260, La Habana 6,
Cuba. C.P. 10699 Telex: 0511 355 /
0514 221. Fax: 53-7-33-5176 und
33-5826 Tel: 81-6265 / 81-7443
Zentrale: 81-3333 App. 23 und 38

E-MAIL
redac@granma.get.cma.net

GENERALDIREKTOR

Frank Agüero Gómez

CHEFREDAKTEUR

Gabriel Molina Franchossi

STELLVERTRETER

Miguel Comellas Dopico

INFORMATIONSCHEF

Joaquín Oramas Roque

LEITER DER REDAKTION

Cino Colina

PRODUKTIONSCHEF

Ramón Robert Durán

TEAMCHEFS

Layout

Orlando Romero Fernández

Tel. 81-6021

Deutsche Ausgabe

Hans-Werner Richert

Tel. 81-6021

Spanische Ausgabe

Pedro M. Escalona

Tel. 81-6021

Englische Ausgabe

Mercedes Guillot

Tel. 81-6054

Französische Ausgabe

Frédéric Woungly-Massaga

Tel. 81-6134

Portugiesische Ausgabe

Miguel Angel Alvarez

Tel. 81-6054

Vertrieb und Abonnements

Miguel Domínguez Hernández

Tel. 81-9821

Druck
Zeitungsverlag Granma,
Havanna. Cuba

NACHDRUCK

Brasilien

• Cooperativa de trabalhadores em
Serviços Editoriais e Notícias Ltda. Rua
Regente Feijó, 49 - 2º andar CEP
20.060-060 Rio de Janeiro Tel. (021)
242-3430 Fax (021) 242-1320

Bundesrepublik
Deutschland

• TRIBÜNE DRUCK GMBH
Am Treptower Park 28-30
12435 Berlin

Kanada

• ANPO

P.O. Box 156, Station A Toronto,
Ontario, Canada M5M 2T1
Anzeigen und weitere Information:
Tel./Fax (416) 253-4305

Argentinien

Sr. Gregorio Hayrabedian Sarmiento Nº
1574 Piso 2-A. C.F. Buenos Aires,
Argentina Tel: 331-5761 et 342-1579

Venezuela

• GRUPO BARAGUA, C.A. Av. A. Bello,
Edif. Ctro. A. Bello, Torre Este - Piso
14-Ofic. 141-E Caracas - Venezuela Tel:
781.60.35 Fax: 794.00.57

Frankreich

S.E.N.P.Q.

S.A.R.L. au Capital de 2000 FS. Sial:
63, rue Croulebarbe - 75013 PARIS
Tel: 01 43 37 86 16 - Fax: 01 43 31 04 31
RCS PARIS B - SIRET 403 077 456
00016 - APE 221C

WEBSITE INTERNET:

<http://www.granma.cu>

ISSN 1028-088X

Liebe Leserin, lieber Leser,

große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus, heißt es. Eines dieser Ereignisse ist der 5. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas. In der letzten Ausgabe veröffentlichten wir den Aufruf des Zentralkomitees, mit dem dieser Kongreß einberufen wird. Darin heißt es: "Der Parteitag wird seine Bewertungen auf ideologischem Gebiet auf die Ergebnisse einer breiten Diskussion im Volk stützen, die die Partei vorher anregen wird. Dazu wird das gesamte Volk zu einem analytischen Papier befragt, das jene Prinzipien und Forderungen enthält, auf die sich die Kubanische Revolution gestützt hat und immer stützen wird."

Dieses Papier liegt nun vor und wird derzeit schon überall im Lande, in allen Betrieben, allen Wohngebieten und allen Massenorganisationen diskutiert. Unter dem Titel DIE PARTEI DER EINHEIT, DER DEMOKRATIE UND DER MENSCHENRECHTE, DIE WIR VERTEIDIGEN stellt es klar, daß die Revolution seit 1868 eine Einheit bildet, ebenso wie das Volksheer, daß für ihre Verwirklichung gekämpft hat, egal ob es in einer bestimmten Epoche Mambi-Heer genannt wurde, in einer anderen Rebellenarmee, oder heute Bewaffnete Revolutionäre Streitkräfte (FAR) heißt. Weiterhin erläutert es, warum es in Kuba nur eine einzige Partei gibt, und wie diese entstanden ist. Es erklärt die Prinzipien der Kubanischen Demokratie und geht auf die Frage der Menschenrechte ein.

Dieses Papier wird auf dem 5. Kongreß der kubanischen Kommunisten, neben dem Bericht über die seit dem letzten Parteitag vergangene Periode und einem Dokument zur ökonomischen Situation und Strategie des Landes, so etwas wie den Leittrag bilden, der von den Delegierten zusammen mit den Ergänzungen und Änderungen, die sich aus der Diskussion der gesamten Bevölkerung ergeben haben, beraten und anschließend in modifizierter Form beschlossen wird.

Wir dokumentieren dieses Papier trotz seiner Länge, damit sich unser Leserkreis ein Bild über das politisch-ideologische Selbstverständnis machen kann, mit dem nicht nur die Partei, sondern das gesamte Volk Kubas, den gegenwärtigen Problemen sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen, begegnet. Leider konnten wir es aus technischen Gründen nicht wie gewohnt als Beilage zur normalen Granma International herausbringen, so daß es einen großen Teil der Juliausgabe füllt. Wir bitten dafür um Verständnis.

Neben den Erläuterungen zu dem Diskussionspapier der Partei möchte ich dieses Editorial noch nutzen, um kurz auf den Wechsel unseres Vertriebspartners in Berlin einzugehen.

Wir haben uns Anfang 1995 entschlossen, Nachdruck, Vertrieb und Aboverwaltung der Deutschen Ausgabe der Granma International dem "Medienzentrum am Treptower Park" in Berlin zu übertragen. Dafür sprach damals ein unschlagbar günstiges Angebot sowie die Empfehlungen einer großen Solidaritätsorganisation und des Konkret-Herausgebers Hermann L. Gremliza. Leider hat die innerhalb des Medienzentrum beauftragte Firma VVCO nie die uns zugesagten Preise eingehalten. Auch andere Vereinbarungen wurden z.T. völlig ignoriert. Auf Reklamationen erhielten wir in der Regel keine Antwort. Die Kommunikation zwischen uns in Havanna und der Firma in Berlin

gestaltete sich ausgesprochen kompliziert und in vielen Fällen unerfreulich.

Bei meinem Besuch in Berlin im Dezember letzten Jahres teilte mir schließlich der Geschäftsführer von VVCO mit, die Firma sei schon seit einem Monat pleite! Statt uns diese, für uns nicht unwichtige Tatsache aber mitzuteilen, entschloß er sich, die gesamten mit GI zusammenhängenden Arbeiten unter dem Namen einer anderen Firma (Deutsche Lehrerzeitung) weiterzuführen, deren Geschäftsführer er ebenfalls ist. Doch, so sagte er mir, könne er in diesem Zusammenhang die Preise (die ohnehin schon weitaus höher waren, als uns ehemals zugesagt) nicht halten. Das habe zur Folge, daß GI Verluste produzieren würde, wenn wir den Abo- und Einzelverkaufspreis nicht erhöhen.

Dieses meines Erachtens zutiefst unseriöse Geschäftsgebaren war der Anlaß, daß ich umgehend die Zusammenarbeit mit der bankrotten VVCO kündigte (mit der Deutschen Lehrerzeitung hatten wir keinerlei geschäftliche Beziehungen). Um jedoch das weitere Erscheinen der GI zu garantieren, wandte ich mich mit der Bitte an den Verlag 8. Mai, für drei Monate provisorisch alle mit dem Vertrieb in Europa zusammenhängende Aufgaben zu übernehmen. In diesem Zeitraum wollten wir anhand von Angeboten sowohl dieses Verlages als auch anderer Interessierter in Havanna neu über unseren Vertriebspartner entscheiden.

Nach Prüfung der eingegangenen Angebote haben wir uns für die weitere Zusammenarbeit mit dem Verlag 8. Mai entschieden. Der Verlag wird ab sofort auch die Anzeigenakquisition für uns übernehmen. Wir hoffen, daß keinem unserer Abonnenten durch diesen Wechsel irgendwelche Unannehmlichkeiten, weder beim Bezug der Zeitung noch bei der Kassierung, entstanden sind.

Zum Schluß möchte ich noch eine erfreuliche Nachricht weitergeben. Unsere Lay-Out-Abteilung hat mir versprochen, noch in diesem Monat damit zu beginnen, endlich auch die Deutsche Ausgabe der Granma International regelmäßig ins Internet einzuspeisen. Damit wird nicht nur eine größere Verbreitung der Deutschen Ausgabe garantiert, sondern sie wird auch für potentielle Inserenten interessanter. Hoffen wir also gemeinsam, daß sie dieses Versprechen erfüllen können, um so den Leserkreis von Granma International weiter zu vergrößern und ggf. die wirtschaftliche Basis solider zu gestalten.

Trotzdem sind wir natürlich nach wie vor auf die Unterstützung unserer Leserinnen und Leser angewiesen. Sowohl bei der Aboverwaltung, als auch bei der materiell-technischen Ausstattung. Von meiner BRD-Reise zur Jahreswende konnte ich fünf gespendete Computer mitbringen, die vor allem unseren Journalisten zu gute kommen. Neben Computern brauchen wir auch weiterhin Fachlexika und Nachschlagewerke (Kultur, Politik, Geschichte, Sport etc.) sowie jede Menge Büromaterial.

Allen, die uns bisher in unserer Arbeit unterstützt haben, möchte ich an dieser Stelle noch einmal im Namen des gesamten Kollektivs von Granma International recht herzlich danken.

Ihr

Hans-Werner Richert

WELTJUGENDFESTSPIELE

Bestmögliche Betreuung für die Delegierten

MARELYS VALENCIA ALMEIDA
- Granma Internacional

• NACHDEM der Prozeß der Auswahl der Jugendlichen in den einzelnen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Bereichen des Landes vor fast einem halben Jahr begonnen hatte, ist nun die kubanische Delegation, die an den 14. Weltfestspielen der Jugend und Studenten teilnehmen wird, vorgestellt worden.

Das Durchschnittsalter der Delegierten beträgt 28 Jahre, und die zahlenmäßig größte Gruppe kommt aus dem Bildungswesen, gefolgt von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft, dem Gesundheitswesen und der Zuckerwirtschaft. Von den tausend Jugendlichen, die die Delegation ausmachen, vertreten 110 Jugendliche die gleiche Anzahl von vorbildlichen Arbeitsstätten und Institutionen. Diese hatten die Gelegenheit, ihren Festivalkandidaten in Direktwahl zu bestimmen.

Die Jugendlichen hatten einen Arbeitstag in der Zuckerrohrrente gewählt, um die Aufstellung der kubanischen Delegation zu feiern.

Inmitten des spürbaren Trubels von produktiven und finanziellen Beiträgen zum Festival haben die Salsagruppen des Landes mit einer Reihe von Konzerten, die sie in ihrer Freizeit in den verschiedenen Tourismuszentren veranstalteten, 21.000 Dollar zusammen gebracht.

Über die Herrichtung der Wohnungen, in denen die Delegierten untergebracht werden, wurde bekannt, daß sich im ganzen Land 15.000 Haushalte darauf vorberei-



tet haben, Festivalgäste aufzunehmen, während in Havanna, wo sich diese die längste Zeit aufhalten werden, 8.000 Wohnungen für deren Aufnahme fast fertig hergerichtet sind. Wie Eduardo Rodríguez, der Verantwortliche des Festivalkomitees für Unterbringung und Gesundheitsbetreuung, der Presse mitteilte, wird Kuba am 5. Juli für das internationale Treffen bereit sein. An diesem Tag wird es in jedem Wohnviertel ein Fest geben.

Um zu erreichen, daß die Festivalteilnehmer die bestmögliche Betreuung erhalten, wurde eine Organisationsstruktur geschaffen, der in jedem Volksrat ein Leitungsstab vorsteht. Auch die Familienärzte werden den Delegierten zur Verfügung stehen.

Mitte Juni wird in Kuba bekannt sein, aus welchem Land jeder einzelne Festivalteilnehmer kommt, welche Delegation in welchem Wohnviertel betreut wird und welche kubanische Familie wen aufnehmen wird. So wird es möglich sein, die Lebens- und Eßgewohnheiten der Jugendlichen zu kennen, damit ihnen nicht nur eine gute, sondern die bestmögliche Betreuung zuteil wird, wie Eduardo Rodríguez formulierte.

Die Jugend der USA wird um ihr Recht zur Teilnahme kämpfen

JUDITH LE BLANC
- People's Weekly World

• NEW YORK. - Das Nationale Vorbereitungskomitee der USA (USNPC) gab bekannt, daß das Büro zur Kontrolle des Auslandsvermögens (OFAC) des Department of Treasury die ersten Anträge zur Erlaubnis für die Reise zu den Weltfestspielen der Jugend und Studenten abgelehnt haben.

Das USNPC und das Nordamerikanische Organisationskomitee, eine Gruppe zur Solidarität mit Kuba, stellten ihre Anträge gemäß den Bestimmungen für Reisen zu internationalen Konferenzen.

"Es ist eine Beleidigung, daß man hunderten Jugendlichen, die sich entschlossen haben, nach Havanna zu gehen, die Ausreise verweigert", sagte die Nationale Koordinatorin des USNPC, Lauren Garlovsky. "Wir brauchen den gegenseitigen Austausch von Jugendlichen, wo immer ein politischer Spannungsherd auf der Welt besteht. Wir haben im Kampf um die Verteidigung des öffentlichen Bildungssystem, um die Rechte der Frauen, gegen den Rassismus und die Diskriminierung gestanden. Man kann uns zu den wirksamsten Botschaftern für Frieden und Freundschaft zählen."

Die Bewegung für die Weltfestspiele wurde unterstützt vom Center for Campus Organizing, Rock the Vote, Student Environmental Action Coalition, Student Association of the State of New York, United State Student Association, der Jugendsektion der Southern Christian Leadership Conference, University of California Student Association, The Young Communist League sowie einer ständig wachsende Zahl von kommunalen Gruppen und Abgeordneten.

Seth Oberman vom Exekutivrat und Mitglied der kommunistischen Jugend sagte, "die Organisationen, die um die Teilnahme an den Weltfestspielen kämpfen, müssen zusammenarbeiten, um sich gegen diese Entscheidung zu stellen". Das USNPC ersuchte alle, die in den USA glauben, daß die Jugend das Recht hat, an diesem Welttreffen teilzunehmen, ihre Kongreßabgeordneten aufzurufen, um das Department of Treasury zu drängen, diese Entscheidung rückgängig zu machen.

ZOOM

UNESCO-BUCH ZUR HOCHSCHULBILDUNG

• FÜR eine neue Hochschulbildung heißt das neue Buch, das die UNESCO aus Ansprachen, Vorträgen und Diskussionsbeiträgen zusammengestellt hat, die während der Regionalen Konferenz über Politik und Strategien zur Umgestaltung des Hochschulwesens in Lateinamerika und der Karibik gehalten wurden: Die Konferenz fand im November 1996 auf Einladung der UN-Organisation in Havanna statt. Auf einer Veranstaltung in der Aula Magna, dem Großen Hörsaal der Universität Havanna, übergab Dr. Luis Yarzabal, der Direktor des Regionalen Zentrums für Hochschulbildung der UNESCO, den Band an den kubanischen Minister für Hochschulbildung, Dr. Fernando Vecino Alegret.

NEUE HERZTRANSPLANTATION

• DER 34jährige Pablo Miranda, ein Schlosser aus der Zuckerindustrie, ist ein weiterer Kubaner, der seit einigen Tagen mit einem neuen Herzen lebt. Im Krankenhaus "Hermanos Almejeras" wurde er von einem multidisziplinären Ärzteteam unter der Leitung von Prof. Noel González operiert, der 1985 die Herztransplantation in Kuba einführte. In den neun Jahren bis 1994 wurden auf der Insel 94 Transplantationen vorgenommen. Aufgrund der kriminellen US-Blockade mußten diese Operationen zeitweilig eingestellt werden. Gegenwärtig leben 15 Kubaner mit einem transplantierten Herzen. Der älteste Fall ist Hector Despaigne, der 1986 operiert wurde.

DROGENHÄNDLERIN VERURTEILT

• ZU acht Jahren Freiheitsstrafe wegen Drogenhandels wurde die britische Staatsbürgerin Melanie Amanda Smith aus Jamaika, vom Volksgericht der Provinz Matanzas verurteilt. Bei Röntgenuntersuchung der Gepäckstücke des aus Jamaika kommenden Fluges von Cubana de Aviación auf dem internationalen Flughafen "Juan Gualberto Gómez"

von Varadero wurden achteinhalb Kilogramm Marihuanaöl entdeckt, die in einer doppelten Verkleidung im Boden ihres Koffers verborgen waren.

WASSERSTOFF ALS BRENNSTOFF

• INS Leben gerufen wurde die Nationale Gruppe zur Untersuchung des Wasserstoffs als erneuerbare Energiequelle, die dem Ministerium für Wissenschaft, Technologie und Umwelt untersteht. Der Wasserstoff gilt als der wahrscheinlichste Anwärter, der im nächsten Jahrhundert das Erdöl als Brennstoff ersetzen soll.

WISSENSCHAFTLICHE KONFERENZEN

• DER Erste Lateinamerikanische Kongreß über die Untersuchung Neugeborener und Erbliche Stoffwechselerkrankungen wird vom 14. bis zum 18. September in Havanna stattfinden, parallel zur Veranstaltung *Inmunoensayo '97*, die vom Kubanischen Institut für Immuntests anlässlich seines zehnjährigen Bestehens einberufen wird. Das Institut verfügt bereits über ein landesweites Netz mit 116 Laboratorien, die mit dem Ultramikroanalysensystem (SUMA) arbeiten, das bisher 36 Millionen Untersuchungen ermöglicht hat, die unter anderem zur Feststellung von angeborenen Mißbildungen und von Schilddrüsenunterfunktionen gedient haben.

• UNTER dem Titel "Konzeptioneller und technologischer Wandel in der Logistik für das 21. Jahrhundert" veranstaltet die technische Hochschule ISPJAE und die Kubanische Gesellschaft für Logistik vom 25. bis 28. November die *Logistica 97*. Im Rahmen der Konferenz wird die Ausstellung "In der Logistik angewandte Technologien und Software" präsentiert.

8. MAI

• DEM 52. Jahrestag der Niederlage des Faschismus wurde mit Kranzniederlegungen im Mausoleum für den Internationalistischen Sowjetsoldaten durch das Ministerium der Revolutionären Streitkräfte, das Institut für Völkerfreundschaft und die Botschaften von Rußland und der Ukraine gedacht.

Ja, Granma

INTERNACIONAL

Zeitung aus Kuba und Lateinamerika

Ich bestelle für die Dauer von

1 Jahr (12 Ausgaben) - 24 DM 6 Monaten (6 Ausgaben) 13 DM

Zahlungsweise gegen Rechnung per Bankeinzug

Anschrift Meine Bankverbindung

Name Geldinstitut

Str./Nr. BLZ

PLZ/Ort Konto

Datum/Unterschrift

Ich kann die Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich widerrufen (Poststempel zählt). Wird das Abo nicht bis 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes gekündigt, verlängert es sich automatisch um den gewählten Zeitraum.

2. Unterschrift
Coupon an:
Verlag 8. Mai, Granma
Am Treptower Park 28-30
12435 Berlin

Sextourismus - das zieht

• Deutscher Journalist wehrte sich erfolgreich gegen einen diffamierenden Bericht des Spiegel-TV und spendet den erstrittenen Schadensersatz dem kubanischen Frauenverband

HANS-WERNER RICHERT
- Granma Internacional

• "NO hay mal que por bien no venga" (Es gibt nichts schlechtes, daß nicht auch etwas Gutes mit sich bringt), heißt eine kubanische Redensart. So ist wohl auch der Skandal um die Fälschung von Spiegel-TV zu bewerten, das in einem Fernsehbericht unter dem Titel "Händler, Huren, Guerilleros" im Januar des vergangenen Jahres einen Journalist der Süddeutschen Zeitung als vermeintlichen Sextourist auf Kuba diffamierte.

Dieser Journalist, Georg Hohmann, sitzt heute mit uns in der Zentrale des kubanischen Frauenverbandes FMC und kündigt den anwesenden Vorstandsmitgliedern des Verbandes an, er wolle das in langwierigen Prozessen gegen Spiegel-TV erstrittene Schmerzensgeld von 20.000 DM dem FMC spenden.

Auf Bitte von Carolina Aguilar, Leiterin der Verbandszeitschrift *Mujeres*, beginnt er die Geschichte zu erzählen, wie der diffamierende Fernsehbericht zustande gekommen ist, und was er in Folge der Ausstrahlung zu ertragen hatte. "Bei mir stand das Telefon nicht mehr still."

Nachdem er in der "Süddeutschen" seine Sicht der Dinge in einem Artikel geschildert hatte, verlangte der Spiegel eine Gegendarstellung. Daraus entwickelte sich ein "Pressekrieg" und außerdem ein langwieriger Rechtsstreit (sieben Verhandlungen), in dem der Spiegel unterlag. Hohmann erwirkte außerdem eine einstweilige Verfügung gegen den Spiegel und klagte schließlich auf Schadensersatz. "Es war nicht leicht für mich, dieser ganze Gerichtsrammel und dazu in der Zeitung zu lesen, was die Leute über mich lügen." Trotzdem entschloß er sich "das durchzuziehen", um "dieser Art von Journalismus eins auf den Deckel zu geben" und weil er mit seiner Zeitung eben ein Forum habe, über das andere Leute nicht verfügen.

Den Rechtsstreit, der insgesamt über ein Jahr dauerte, konnte er aber nur führen, weil der Journalistenverband ihm Rechtsschutz gewährte. "Ich hätte das Geld nicht gehabt, so einen Prozeß durchzu-



Für Georg Hohmann und seine Freundin war es nicht leicht, die Zeit des Rechtsstreits durchzustehen

ziehen, das kostet ja ein Heiden-geld."

Wie er auf die Idee kam, den erstrittenen Schadensersatz von 20.000 DM dem Frauenverband zur Verfügung zu stellen, erklärt Georg Hohmann folgendermaßen: "Ich wollte mich von vornherein nicht an der Sache bereichern. Ich wollte kein Geld für mich haben, sondern ich hab gesagt, das kriegt dann eben eine soziale Einrichtung."

Außerdem sei er im letzten Jahr erneut zum Filmfestival in Havanna gewesen und da habe er feststellen müssen, "daß der Filmbericht auch hier großes Ärgernis erregt hat. Und das ist auch richtig. Ich habe zunächst nur meine Seite gesehen. Doch hier habe ich gemerkt, daß Kuba als Land betroffen ist." Ihm wurde klar, daß man hier in Kuba unter den einseitigen und falschen Darstellungen in europäischen Fernsehsendungen und der Printpresse über die Prostitution auf der Insel leiden müsse, denn dadurch werde "die kubanische Frau in den Dreck gezogen". In der Folge der Spiegel-TV Reportage seien im deutschen Fernsehen nur Sextourismusfilme zu sehen gewesen, wenn es um Kuba ging. "Das ist rein kommerzieller Journalismus und das zieht. Wenn du hier eine schöne Reportage über Trinidad machst, oder über die Zuckerrohrernte, das wollen die Leute nicht sehen."

Und da er von der Arbeit des Frauenverbandes gehört habe, von den Aktivitäten an der Basis, habe er gedacht, dies sei ein guter Verwendungszweck für dieses Geld.

Sonja Berentervide Dopico, im FMC-Vorstand für Basisarbeit zuständig, bedankte sich bei Georg Hohmann und versprach, daß dieses Geld genau für diesen Zweck eingesetzt werde. Carolina Aguilar sagte, diese Form journalistischer Arbeit, wie sie Hohmann mit dem Aufdecken der Lügengeschichte betrieben habe, sei ein Beispiel für eine Berufsethik, wie sie überall - sei es im Sozialismus, sei es im Kapitalismus - nötig sei. Sie unterstrich den Mut, den er in diesem Fall bewiesen habe und betonte, "ohne den Gedanken der Gerechtigkeit und der Wahrheit können wir keinen vernünftigen Journalismus betreiben."

Eine Hoffnung für das nächste Jahrhundert

• DER deutschen Öffentlichkeit war sein Name bis zu diesem 19. Februar 1997 nicht geläufig. Als der Mordanschlag eines Neonazis ihm den linken Unterarm zerfetzte und einen Finger der rechten Hand kostete, tauchte der 63jährige Buchhändler in den Medien des Landes auf - um bald wieder von den tagespolitischen Schlagzeilen verdrängt zu werden.

In Kuba jedoch ist Klaus Baltruschat kein Unbekannter. Seit er Anfang der 60er Jahre im Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen der DDR den "Grundstein für die Wissenschaftsbeziehungen" zwischen den beiden Staaten gelegt hatte, blieb er der karibischen Insel stets verbunden. Viele Kontakte zwischen Universitäten der beiden Länder, aber auch zwischen einzelnen Wissenschaftlern; sind auf sein Wirken zurückzuführen.

"Meine Beziehungen zu Kuba sind im Herzen geblieben" sagte er gegenüber Granma Internacional. Das äußert sich auch darin, daß er nach 1990 wieder Wege suchte, um der Antilleninsel zu helfen. Er fand sie, indem er sich bei *Cuba Si* engagierte.

Als er nach dem Mordanschlag ins Krankenhaus kam, sagte er sofort, "wer mich besucht, möchte bitte keine Blumen mitbringen, sondern für Kuba spenden". Während seines Krankenhausaufenthaltes kamen so über 8.000 DM zusammen. Außerdem bekam er Hunderte von Briefen aus der ganzen BRD, die ihn in seinem Engagement für Kuba bestärkten.

Der Staatsrat der Republik Kuba zeichnete ihn für seine unermüdlischen Anstrengungen am 5. Juni mit dem Orden der Solidarität aus.

Auf die Frage, welche Bedeutung die Solidarität mit Kuba heute für



ihn hat, antwortete er, "Kuba ist nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers in Europa eine Hoffnung für das nächste Jahrhundert, eine Hoffnung, daß der Sozialismus triumphieren wird". Die Solidarität mit der Insel sei nicht nur eine Hilfe für das Land, so sagt er, sondern stelle auch ein Stück Hoffnung für die sozialistische Bewegung dar.

Er fliege mit einem optimistischen Eindruck zurück, betonte Klaus Baltruschat. "Kuba hat offensichtlich die Talsohle verlassen und es wird dafür gearbeitet, daß es vorwärts geht."

Sein abschließender Rat an die Leser von Granma Internacional: "Verstärkt eure Solidarität, packt eure Koffer und bringt Touristen nach Kuba."

• HWR

Gefährdung für den Flugverkehr

• EIN Flugzeug der Gesellschaft *Panamena de Aviación SA* (CMP-601) vom Typ DC-8 auf dem Flug von Miami nach Tocumen in Panama meldete am 6. Juni 1997 um 9.00 Uhr der Flugverkehrskontrolle Havanna, 110 km nördlich von Punta Alegre in der Provinz Ciego de Avila eine gefährliche Begegnung mit einem Flugzeug der *US-Air Force* vom Typ RC-135 gehabt zu haben, das seit 8.18 Uhr nördlich des Territoriums Aufklärung gegen Kuba betrieben hat.

Im Moment der Begegnung flog die RC-135 in 30.000 Fuß Höhe (9.144 m), während sich die DC-8 auf einer Höhe von 31.500 Fuß (9.601 m) befand. Der Vorfall ereignete sich bei einem Höhenunterschied von 1.500 Fuß (457 m) und einer Entfernung von vier Meilen (6,437 km) zwischen den Flugzeugen. Der in der Luftfahrt zulässige Mindestabstand in der Höhe liegt unter diesen Bedingungen bei 2.000 Fuß (610 m).

Später, um 11.48 Uhr des gleichen Tages, informierte ein weiteres Flugzeug, eine Boeing-757 der US-amerikanischen Luftfahrtgesellschaft *American Air Lines* (AAL-2185) auf dem Flug von Miami nach Cancún dieselbe RC-135 etwa 100 km nördlich von Bahía Honda in der Provinz Pinar del Río, in einer Entfernung von 15 Meilen (24,140 km) gesichtet zu haben. Die RC-135 flog zu der Zeit auf 35.000 Fuß Höhe (10.668 m) und die Boeing auf einer Höhe von 34.000 Fuß (10.363 m).

In beiden Fällen sandte die Flugverkehrskontrolle Havanna Mitteilungen über die besagten Vorfälle an die Flugverkehrskontrolle in Miami.

1997 wurden bisher 14 gefährliche Begegnungen mit Sichtkontakt gemeldet, die so ähnlich abliefen, wie der oben beschriebene Fall.

ENTWURF



**Die Partei
der Einheit, der
Demokratie
und der
Menschenrechte,
die wir
verteidigen**

**V. Parteitag der
Kommunistischen Partei Kubas**

Oktober 1997

Landsleute!

Wir sind auf dem Weg zu einem neuen Parteitag, der ein Kongreß des ganzen kubanischen Volkes sein wird.

In ebenso entscheidenden Augenblicken wie den heutigen erklärte einst José Martí: "... die Partei existiert, sich ihrer Sache sicher, als sichtbare Seele Kubas".

Martí gründete im Jahre 1892 die einheitliche Partei der Patrioten seiner Zeit, die *Partido Revolucionario Cubano* (Revolutionäre Kubanische Partei), um die Unabhängigkeit Kubas zu erreichen und zur Unabhängigkeit von Puerto Rico beizutragen, um den notwendigen Krieg gegen das spanische Kolonialjoch zu führen, um den Gelüsten der USA ein Ende zu setzen und eine Republik zu gründen, "mit allen und für das Wohl aller", in der "volle Gerechtigkeit" erkämpft werden würde.

Sieben Jahrzehnte später, während der ruhmreichen Tage der Schweinebucht, erblickt ihre legitime Erbin das Licht der Welt, die *Partido Comunista de Cuba* (Kommunistische Partei Kubas), die sich ebenfalls ihrer Sache sicher ist.

Für die Kubaner sind ein unabhängiges Vaterland, echte Demokratie und Sozialismus unlösbar miteinander verbunden. Unsere Partei setzt das Werk der Partei Martí fort und hält entschlossen die Fahnen hoch, die uns unsere Vorkämpfer übergeben haben und für die so viele Helden und Märtyrer ihr Blut vergossen haben.

"Die Partei ist heute die Seele der Revolution", sagte Fidel Castro, ihr Gründer und Leiter.

I. ES GIBT NUR EINE EINZIGE KUBANISCHE REVOLUTION

Die Kubanische Revolution, die am 10. Oktober 1868 auf dem Landgut *La Demajagua* ihren Anfang nahm, ist bis in unsere Tage ein und dieselbe. In ihr sind die Ideale der nationalen Unabhängigkeit, der sozialen Gerechtigkeit und der Brüderlichkeit zwischen den Menschen untrennbar vereint.

Die Initiatoren unserer Revolution gaben ihren Sklaven die Freiheit und kämpften gegen eine Kolonialherrschaft, die auf Sklaverei und auf einer unbarmherzigen Trennung gesellschaftlicher Schichten beruhte. Direkt von 1868 an beteiligten sich Männer an den Heldentaten, die aus den niedrigsten Schichten der Gesellschaft kamen. Sie machten das Gros der Kämpfer aus, und viele erreichten hohe militärische Ränge und bedeutende Stellungen in der Kriegsführung.

Das Volk teilte die Risiken und Opfer und übernahm die führende Rolle bei der Gestaltung seines Schicksals. In der Wildnis und im Exil, in den Hörsälen und in den Werkstätten strebte es nach der unerläßlichen Einheit und entwarf das Wunschbild der ersehnten Nation. Die Ereignisse von Guáimaro und Baraguá, Jimaguayú und La Yaya trieben diesen einzigartigen Prozeß inmitten des äußerst unbändigen Kampfes gegen Spanien voran.

Verschiedene Faktoren erklären die gesellschaftliche Radikalisierung unserer Unabhängigkeitskämpfe, die hier mehr als ein halbes Jahrhundert später als im restlichen Lateinamerika aufgenommen wurden. In unserem Fall mußte nicht nur dem Kolonialjoch ein Ende gesetzt werden, sondern man mußte sich auch der expansionistischen Bestrebungen der USA erwehren. Zudem war es unerläßlich, eine kubanische Oligarchie zu beseitigen, die sich den Kolonialisten anschloß und zu Anhängern des Annexionismus wurde.

Kuba stellte und stellt noch immer eines von der herrschenden Klasse der USA am meisten begehrten Dinge dar. Einer der ersten Präsidenten des damals in der Herausbildung begriffenen Imperiums, Thomas Jefferson, äußerte zu Anfang des vergangenen Jahrhunderts mit aller Deutlichkeit sein Interesse, die Insel zu besitzen.

1820 proklamierte die USA unter der Präsidentschaft von James Monroe die Theorie von der reifen Frucht, d. h., sobald Kuba von Spanien getrennt wäre, sollte es seinem Nachbarn im Norden in die Hände fallen.

Die Präsidenten, die ihm bis zum Zeitpunkt der militärischen Intervention im Jahre 1898 nach-



einander folgten, bekräftigten diese Politik. Sie setzten dabei auf Druck, Kaufangebote an die Insel und den Einsatz annexionistischer Kräfte Kubas.

Die US-amerikanische Regierung widersetzte sich dem Vorschlag, Spanien aus Kuba zu vertreiben, den Simón Bolívar, der Befreier Südamerikas, 1826 vor dem Kongreß von Panama vorbrachte, und erreichte, daß er verworfen wurde. Gleichzeitig warnte sie Mexiko und Kolumbien in sehr energischer Form davor, irgendeine Art von Expedition gegen die Kolonialmacht auf der Insel zu unternehmen.

Mit der Absicht, ihre annexionistischen Bestrebungen zu verwirklichen, finanzierten US-amerikanische Anhänger der Sklaverei Mitte des 19. Jahrhunderts zwei bewaffnete Expeditionen, die Narciso López anführte. Seit damals widersetzten sich die USA jedoch beständig gegen all jene Unternehmungen, die emigrierte Patrioten organisierten, um Kuba zu befreien.

Der unmittelbare Feind, der geschlagen werden mußte, war die spanische Metropole. Doch der US-amerikanische Imperialismus stellte bereits eine größere Gefahr für unsere Nation dar.

Carlos Manuel de Céspedes gelang es, in der Anfangsphase des Zehnjährigen Krieges aufzudecken, daß "das Geheimnis" der US-amerikanischen Politik darin bestand, "sich Kubas zu bemächtigen".

Martí wußte das Ausmaß dieser Bedrohung einzuschätzen, sie anzuklagen, die Patrioten zu organisieren, um ihr zu begegnen, und in diesem Kampf sein beispielhaftes Leben zu opfern. In seinem politischen Testament machte er - kurz bevor er fiel - darauf aufmerksam: "... Täglich bin ich der Gefahr ausgesetzt, mein Leben für mein Land hinzugeben und damit meine Pflicht zu erfüllen - denn so begreife ich sie, und ich habe den Mut, sie zu erfüllen -, durch die 'Unabhängigkeit Kubas rechtzeitig zu verhindern, daß sich die Vereinigten Staaten über die Antillen ausbreiten und mit der auf diese Weise ausgedehnten Macht in die Länder Unseres Amerikas einfallen. Was ich bis heute tat und noch tun werde, tat ich in diesem Sinne.'"

Der Krieg von 1895 führte unbeirrbar zum Ende des spanischen Kolonialismus. Mit der von Máximo Gómez und Antonio Maceo geleiteten Invasion aus dem Osten, einer außergewöhnlichen militärischen Leistung, breitete sich der Kampf im ganzen Lande aus, und mit den Feldzügen, die im Westen und im Herzen der Insel durchgeführt wurden, führte man einen entscheidenden Schlag gegen das demoralisierte und offensichtlich vor dem Zusammenbruch stehende Heer der spanischen Krone.

1898 ereignete sich die fragwürdige und niemals aufgeklärte Explosion des Panzerkreuzers *Maine* in der Bucht von Havanna. Dies war der Vorwand, der Washington die Türen zur militärischen Intervention in der Kolonie öffnete, die Spanien im wesentlichen bereits verloren hatte.

Nachdem die Vereinigten Staaten Spanien den Krieg erklärt hatten - eine Tatsache, die Lenin als den ersten imperialistischen Krieg in

der Geschichte der Gegenwart bezeichnete -, brachten die US-Amerikaner drei Monate damit zu, die kubanischen Küsten und Häfen zu blockieren und zu überfallen. Damit verschlimmerten sie noch die Not, unter der die Bevölkerung seit der Truppenkonzentration von Valeriano Weyler litt.

Danach konzentrierten sie ihre Anstrengungen auf das, was sich als ihre wesentlichsten Aktionen erweisen sollte: die Zerstörung des Geschwaders von Admiral Cervera, das in der Bucht von Santiago de Cuba vor Anker lag, und die Einnahme der Stadt, die bereits von den Mambises belagert wurde und deren Befreiung nur noch eine Frage der Zeit war.

Nach der Kapitulation des dort liegenden spanischen Heeres gestatteten die Yankee-Besatzer den Truppen unter dem Befehl von Calixto García nicht, in die Stadt einzumarschieren. Und das, obwohl deren Beitrag für die Landung der US-Amerikaner und die Kämpfe um Santiago de Cuba entscheidend gewesen sind.

Die Vereinigten Staaten raubten Kuba die Unabhängigkeit, um die Hunderttausende seiner Söhne drei Jahrzehnte lang mit der Machete in der Hand gekämpft hatten. Dabei hatten sie unermessliche Mengen an Blut vergossen und ganze Familien große Opfer auf sich genommen.

Unsere Nation wurde zum Gegenstand der niederträchtigsten Transaktion, indem sie von den Vereinbarungen ausgeschlossen wurde, die jenem Krieg ein Ende setzten, den sie selbst gewonnen hatte. Die USA und Spanien verhandelten hinter ihrem Rücken und stimmten ihre Interessen ab. Dies gipfelte in der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Paris.

Nachdem Martí und Maceo bereits gefallen waren, erleichterte die Auflösung der Revolutionären Kubanischen Partei durch Estrada Palma die spalterische Tätigkeit der Yankees. Während ihrer ersten militärischen Besatzung (1899-1902) erreichten sie die Auflösung der Streitkräfte der Mambises, d. h., sie vervollständigten die politische und militärische Entwaffnung der Anhänger des Kampfes um die Unabhängigkeit. Somit wurde es möglich, auf der Insel das Modell einer neokolonialen Gesellschaft zu errichten.

Das Verhalten der Besatzer entsprach seit ihrer Ankunft der heimtückischsten antikubanischen Strategie.

Es waren mehr als zwei Monate nach dem Abbruch der Kämpfe vergangen, als die Lage von Máximo Gómez in seinem Tagebuch wie folgt festgehalten wurde: "Hier hat sich ein ganzes Volk, hungrig und entblößt, um mich geschart. Die Lage ist zudem trostlos. Nach dem, was zwischen Spanien und den USA vereinbart wurde, wird der Abzug der Spanier von der Insel langsam und bequem erfolgen, damit die US-Amerikaner sie anschließend besetzen können. Unterdessen bleibt uns Kubanern die Einöde, und als Preis für unsere Dienste, für unser blutiges Opfer, der Hunger und die Blöße, die mitten im Krieg erträglicher wären, als in diesem Frieden, in dem es uns nicht erlaubt ist, unsere

so schwer erkämpften Auszeichnungen zu tragen."

Die glorreiche Heldentat der Mambi-Truppen wurde 1899 mit der Übergabe ihrer Waffen an die ausländische Besatzungsmacht gegen 75 Peso für jeden einzelnen ihrer Kämpfer schmerzlich besiegt.

In der damaligen kubanischen Zeitung *La Discusión* erschien dazu folgende Meinung:

"Von einem kubanischen Soldaten zu verlangen, daß er - umringt von ausländischen Bajonetten - seine Waffe und seine Ausrüstung gegen eine Handvoll Münzen abgibt, ist eine Demütigung. Niemand hat das Recht dazu... und noch viel weniger der Mächtige, der sich als sein Verbündeter bezeichnet und noch dazu beansprucht, ihn für einen Freund der Kubaner zu halten."

Das Korps der Freiwilligen, das im Dienste des spanischen Kolonialheers gestanden hatte, wurde nicht entwaffnet, und die Besitztümer der Kolonialisten und ihrer Komplizen wurden von den Invasoren geschützt.

Das Imperium, das bereits wichtige Interessen auf der Insel besaß, machte sich die militärische Besatzung zunutze, um das Geschäft des Zuckerexports hundertprozentig und das des Tabakexports zu 90% an sich zu reißen. Es erwarb illegal und kostenlos Konzessionen für alle bis dahin bekannten Mineralressourcen des Landes. Es brachte große Ländereien in seinen Besitz, indem es sie zu lächerlichen Preisen kaufte oder Zehntausende von Bauern vertrieb, von denen viele Soldaten und Offiziere der Streitkräfte der Mambises waren. Es schuf die Grundlagen für eine zunehmende Einflußnahme auf den öffentlichen Dienst, die Produktion und das Finanzwesen, bis es die absolute Kontrolle über die Wirtschaft der Neokolonie innehatte.

Mit Hilfe von Erpressung setzte es außerdem das Platt-Amendement durch, das den USA das grausame Recht garantierte, nach Belieben in Kuba zu intervenieren und die Yankee-Base in Guantánamo zu gründen.

Gleichzeitig förderte das Imperium während seiner militärischen Besatzungszeit betrügerische Wahlen, an denen kaum 7 % der Bevölkerung teilnahmen, und es setzte eine US-freundliche Regierung an die Spitze dieser Fiktion einer unabhängigen Republik. Diese setzte sich aus Angehörigen der Zuckeroligarchie, aus Politikern, die mit dem spanischen Kolonialismus und der Yankee-Intervention zusammengearbeitet hatten, und aus einigen wenigen Renegaten zusammen, die die Sache der Mambises verrieten.

Es folgte ein langer Zeitraum, in dem das Volk weiter von der politischen Macht ausgegrenzt und der elementarsten Menschenrechte beraubt wurde. Die Diskriminierung von Schwarzen und Frauen gehörten ebenso zum Wesen des Systems, wie die Unterdrückung, die Ausbeutung, die Not, der Hunger, die Arbeitslosigkeit, das Analphabetentum und das Geschäft mit der Prostitution und dem Glücksspiel.

Keine der oligarchischen Regierungen tat etwas wirklich Wesentliches zugunsten des Volkes. Alles beschränkte sich auf die wohlbekannten demagogischen Versprechungen während des Wahlkampfes. Die Politik diente zur Festigung des ausländischen Jochs und zur Begünstigung der Korruption unter den Regierenden.

Es gab nur eine Möglichkeit und eine vage Hoffnung: die Revolution von Céspedes und Martí fortzuführen und zur Vollendung zu bringen. Die Ideale der Unabhängigkeit und der Gerechtigkeit des 19. Jahrhunderts wurden im Laufe der neokolonialen Republik mit den Ideen anderer großer Revolutionäre der Welt bereichert. Bei den Männern und Frauen mit fortschrittlichem Gedankengut wurde das patriotische Bewußtsein zum Synonym des radikalsten Antiimperialismus und der Notwendigkeit, das Gesellschaftssystem von Grund auf zu verändern.

Im Verlaufe dieses Jahrhunderts waren aufeinanderfolgende Generationen fähig, das Heldentum und die Opferbereitschaft der Mambises zu wiederholen. Ihre Überzeugung, den Sieg zu erringen, lag, wie es Ignacio Agramonte ausdrückte, im Stolz der Kubaner begründet.

Schließlich gelang es uns, das Vaterland der

Brüderlichkeit und der Gerechtigkeit zu erkämpfen, das Martí umrissen hatte.

Am ersten Januar 1959 wiederholten sich nicht die Vorfälle des vorigen Jahrhunderts: Dieses Mal zogen die Mambises in Santiago de Cuba ein. Wir Kubaner wurden endlich zu den Herren über das Schicksal der Nation. Von da an nahm die harte bilaterale Auseinandersetzung mit Washington ihren Anfang, die noch immer anhält.

Die Konfrontation begann an demselben Tag, an dem die Batista-Diktatur fiel. Seine bekanntesten Mörder, Folterer und Diebe öffentlicher Gelder fanden sichere Zuflucht auf dem Territorium der USA sowie die Unterstützung der dortigen Regierung.

Gleichzeitig wurden in den USA auf verleumderische Art und Weise die Urteile verdreht, die die kubanischen Gerichte über jene Schergen Batistas verhängten, die nicht entkommen konnten und sich der brutalsten Verletzungen der Menschenrechte schuldig gemacht hatten. Auf diese Weise unterstützte das Weiße Haus die Batista-Diktatur weiterhin.

Seitdem nahmen die USA ihre Verleumdungskampagnen auf, die auf die Schaffung eines falschen Bildes von unserer Realität abzielen. Sie haben nicht davon abgesehen, diese durchzuführen und zu verstärken, wie es der Atherkrieg beweist, der seinen Ausdruck in den rund 1.500 Stunden Sendezeit findet, die durchschnittlich pro Woche gegen unser Land ausgestrahlt werden.

Die unveränderliche Politik Washingtons bestand in der Rückeroberung Kubas unter Einsatz aller Mittel und Wege, ohne Rücksicht auf irgendein ethisches Prinzip und unter absoluter Mißachtung unserer nationalen Souveränität.

Die höchsten Instanzen der US-Regierung förderten den schmutzigen Krieg gegen unser Land, bald nachdem es seine endgültige Freiheit erreicht hatte. Der Präsident der Vereinigten Staaten mußte seine Verantwortung für die Aggression in der Schweinebucht öffentlich zugeben. Die CIA war in die Vorbereitung zahlreicher Attentate gegen Revolutionsführer, in Piratenakte zu Luft und zu Wasser, in Aktivitäten von Banden und Terroristengruppen verwickelt. Kuba ist außerdem das Opfer biologischer Aggressionen gewesen, deren jüngstes Beispiel das Auftreten einer neuen Plage ist, die zahlreiche Anbaukulturen ernsthaft schädigt.

Im Mai 1959 entfesselte die Bodenreform die imperialistische Wut gegen Kuba. Im darauffolgenden Jahr hatten sich die wichtigsten Elemente der US-amerikanischen Blockadepolitik bereits deutlich herausgebildet, während die Vorbereitungen für den militärischen Angriff liefen. Im Februar 1962 stellte das Weiße Haus den Handel völlig ein und übte Druck auf andere Länder aus, es ihm gleichzutun. Auch verstärkte es seine Kampagne der diplomatischen Isolierung Kubas in der westlichen Hemisphäre.

Weit davon entfernt, vor der Yankee-Eskalation zurückzweichen, setzte die Revolution die Umgestaltungen fort, die auf die Rettung der nationalen Reichtümer und die Gewährleistung einer größeren sozialen Gerechtigkeit gerichtet waren. In Ausübung unserer Souveränität, in Übereinstimmung mit dem Internationalen Recht und mit der einhelligen Unterstützung unseres Volkes wurden die Gesetze zur Nationalisierung erlassen.

Die Standhaftigkeit und die Einheit des Volkes überwogen während der Oktoberkrise, trotz der atomaren Drohung der USA.

Dank des gerechten wirtschaftlichen Austauschs mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern sowie ihrer Solidarität konnten wir die wachsenden Auswirkungen der Blockade erheblich verringern und zudem vermeiden, daß sich der Plan der USA, die Volkswirtschaft zum Erlahmen zu bringen und unser Volk in den Hunger zu stürzen, realisierte.

Ab 1989 nahmen die Ereignisse ihren Anfang, die dann mit dem Zerfall des Sozialismus in Europa und mit der Auflösung der Sowjetunion enden sollten. Schlagartig verlor Kuba 85 Prozent seiner Kaufkraft und sein Bruttoinlandsprodukt ging drastisch zurück. In Washington glaubte man die Zeit für gekommen, die Blockade zu verstärken, um der Kubanischen Revolution ein Ende zu setzen. Dieses Ende wurde als unmittelbar bevorstehend prophezeit.

Im Oktober 1992 wurde das Torricelli-Gesetz

verabschiedet, das sich durch die Anwendung seines zweigleisigen Vorgehens auszeichnete.

Auf der einen Seite verbietet es unsere Transaktionen mit Filialen von US-amerikanischen Unternehmen in Drittländern und hindert die Schiffe, die in Kuba anlegen, sechs Monate lang daran, die Häfen der USA anzulaufen. Auf der anderen Seite bedient es sich subtilerer Methoden. Vor allem im ideologischen Bereich will man uns von innen her zermürben und jene Elemente gewinnen, die sie als "anfälliger", naiver oder unachtsamer bezeichnen.

Kurz, zur Verschärfung der Blockade kommt die deutliche Absicht der Subversion von innen, und mit all dem verfolgen sie das beständige strategische Ziel, die Revolution zu zerstören.

Die Blockade ist ebenfalls Ausdruck eines Hegemoniestrebens, das die Welt verurteilt. Jedes Jahr fordert die Generalversammlung der UNO mit immer größerer Stimmenzahl, ihr ein Ende zu setzen.

Man muß sich darüber klar sein, daß die Gefahr einer Militär aggression nicht vorüber ist, obgleich diese Variante derzeit scheinbar anderen weichen mußte. Die Vereinigten Staaten wissen sehr gut, daß sie ein Überfall auf Kuba viele Menschenleben kosten würde. Die Erfahrung aus der Geschichte hat gezeigt, daß wir angesichts der heimtückischen Art und Weise, mit der unser Feind handelt, nicht einen Augenblick unachtsam sein dürfen und unsere Verteidigung fest in der Hand haben müssen. Was für sie inakzeptabel ist, ist die bloße Existenz der Kubanischen Revolution.

Unter unermeßlichen Schwierigkeiten hat es das Land in diesen letzten Jahren geschafft, den Fall seiner Wirtschaft aufzuhalten, und es traf die notwendigen Maßnahmen für den Beginn einer wirtschaftlichen Erholung und für die Suche nach neuen Märkten sowie Wirtschafts- und Handelspartnern.

Angesichts des offensichtlichen Scheiterns ihrer Politik verabschiedeten die USA das sogenannte Helms-Burton-Gesetz. Es verschärft die Blockade noch mehr, legt neue Strafen für jene fest, die in Kuba investieren oder mit ihm Handel treiben, und schreibt ohne jede Scham die Schritte vor, die zu tun sind, um Kuba zu einer Kolonie Washingtons zu machen. Dazu gehören auch ihre Pläne für die innere Subversion, die die Finanzierung und materielle Unterstützung der konterrevolutionären Gruppchen beinhalten.

Mit diesem Gesetz werden die wahren Absichten des Imperialismus deutlich entlarvt, indem er vorschreiben will, wie die Zukunft Kubas aussehen soll, sogar nachdem er erreicht hätte, was er niemals erreichen wird: die Niederlage der Revolution.

So legt das Gesetz beispielsweise fest, daß die grausame Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade so lange gültig bleibt, bis die vollständige "Rückgabe" des Besitzes, der heute dem Volk gehört, an die Batista-Anhänger, Ausbeuter, Diebe, ehemaligen Yankee-Herrschaften und ihre Erben erfolgt ist. Darunter auch die Ländereien, Wohnungen, Krankenhäuser und die Arbeits- und Bildungsstätten.

Das Dokument, das in Erfüllung dieses Gesetzes im Januar 1997 von US-Präsident William Clinton herausgegeben wurde, bestätigt in skrupelloser Weise diese Absichten und beschreibt sie in allen Einzelheiten.

Kuba steht heute vor der größten Herausforderung seiner Geschichte: Das mächtigste Land der Erde, sein jahrhundertalter Feind, hat die Absicht, die kubanische Nation zu beseitigen und ihr Volk zu versklaven, zur offiziellen Politik erhoben und stellt sie offen zur Schau.

Es handelt sich nicht nur um eine enorme Herausforderung für die Kubaner von heute. Vor allem ist es eine schreckliche Drohung für die kommenden Generationen. Angesichts dieser Herausforderung haben wir die zwingende Pflicht, unsere Einheit und unseren Willen zum Widerstand zu festigen und unsere Anstrengungen auf allen Gebieten zu vervielfachen.

Noch nie war so klar wie heute, daß Revolution, Vaterland und Sozialismus ein und dieselbe Sache sind.

In Kuba wird es keine Wiedereinführung des Kapitalismus geben, weil die Revolution niemals besiegt werden wird. Das Vaterland wird weiterhin und weiterhin sozialistisch sein.

• Das schöpferische Werk der Revolution

Der 1. Januar machte Schluß mit den offenkundigen, massiven und systematischen Verletzungen der Menschenrechte, die das yankeehörige Batista-Regime kennzeichneten und die unter den Satellitenregierungen der USA in Lateinamerika so häufig aufgetreten sind.

Nach dem Sieg der Rebellion hat es bei uns kein einziges politisches Verbrechen, nicht einen Gefolterten, nicht einen Vermißten gegeben. Es gab keine unterdrückten Arbeiter und Studenten mehr und keine erpreßten und vertriebenen Bauern.

Die Revolution ist stolz auf ihre Geschichte, die sie auf dem Gebiet der Menschenrechte vorzeigen kann. Sie gab den Kubanern ein freies, unabhängiges und demokratisches Vaterland, in dem die völlige Würde des Menschen gewahrt wird.

Wir erkämpften das Recht auf das Leben. Die Kindersterblichkeit ging von über 60 je tausend Lebendgeborene auf unter acht in der Gegenwart zurück, und die Lebenserwartung stieg um ca. 20 Jahre auf über 75 Jahre. Das sind Zahlen, mit denen wir in der Dritten Welt den ersten Platz einnehmen und die mit denen in hochentwickelten Industrieländern vergleichbar sind.

Wir erkämpften das Recht auf Bildung. Aus einem Land mit mehr als 40% Analphabeten wurde ein Land mit einem durchschnittlichen Bildungsniveau von neun Schuljahren und mit der höchsten Anzahl von Lehrern je Einwohner. Gleiches ist bei den Ärzten der Fall.

Erschütternd sind die Daten von Kindern auf der Welt, die weder ein Zuhause, noch eine Schule, noch ärztliche Betreuung haben, die erschöpfenden Arbeitszeiten und sogar einer sklavennähnlichen Behandlung ausgesetzt sind. Sie werden verkauft, im Geschäft der Prostitution und der Pornographie eingesetzt und zu Opfern des Schwarzhandels mit menschlichen Organen gemacht. Keines dieser Kinder ist Kubaner.

Kuba hat bei der Verteidigung des Arbeitsplatzes und in der sozialen Sicherheit für die Arbeiter Maximales geleistet. Nicht ein Kubaner ist in den vergangenen 38 Jahren hilflos sich selbst überlassen worden.

Die Revolution hat die institutionellen Grundlagen des Rassismus und jeglicher Diskriminierung zerstört und arbeitet unermüdlich für die aktive und völlige Integration der Kubaner in das Leben des Landes, unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht und religiösem Glauben.

Die Revolution öffnete den Frauen die Türen zur Gleichberechtigung, zur Arbeit und zum Studium. Vor 1959 machten sie kaum 12% aller Arbeitskräfte aus, und viele davon arbeiteten als Dienstmädchen. Heute sind 42% der Arbeitskräfte des Landes und 60% aller Fachkräfte und Universitätsabsolventen Frauen.

In unserem Land besteht nach der sozialistischen Verfassung Glaubensfreiheit für alle Religionen. Der IV. Parteitag billigte die Aufnahme von Revolutionären mit religiösen Anschauungen in die Partei.

Die Revolution hat besonders die Rechte der Alten und Behinderten verteidigt.

Unsere Errungenschaften im Gesundheits- und Bildungswesen, unsere Leistungen im Sport, die Fortschritte, die im allgemeinen auf dem Gebiet der Kunst und der Kultur erreicht wurden und die Entwicklung im Bereich der Wissenschaften werden international anerkannt. Aber das Erreichte reicht noch viel weiter.

Die Revolution gestaltete die Arbeit in den Häfen und in den Zuckerdepots, im Bauwesen und in anderen Bereichen menschlicher. Sie schuf die Handelsmarine, eine Fischereiflotte und entwickelte die zivile Luftfahrt.

In den verschiedensten Wirtschaftsbereichen entstanden zahlreiche Industrieobjekte, die nationales Eigentum sind.

Was die Wohnungen angeht, so war eine der ersten Maßnahmen der Revolution das Gesetz, mit dem die Mieten auf die Hälfte gesenkt wurden. Mit dem Gesetz zur Stadtreform wurde die Miete zur Rate für den Kauf der Immobilie. Deshalb ist die große Mehrheit der Bevölkerung Eigentümer ihrer Wohnung oder im Begriff, es zu werden. 85% gehört ihre Wohnung bereits.

Das Leben auf dem Land veränderte sich grundlegend. 250.000 Bauern erhielten Eigentumstitel für das Land, das sie je nach Wunsch individuell oder kollektiv bearbeiten.

Die Landarbeiter fanden eine feste und angemessen entlohnte Arbeit in den staatlichen Betrieben, die auf den großen nationalisierten Gütern errichtet wurden. Schulen, Ärzte, elektrisches Licht und andere soziale Vergünstigungen gelangten in die entlegensten Winkel Kubas. Die Revolution mechanisierte den größten Teil der Zuckerrohrernte, der Reisernte und der Bodenaufbereitung.

Unser Land überzog sich mit Straßen und Wegen sowie mit Staudämmen zu Produktionszwecken. Auf dem Land wurden bisher unbekannte Techniken wie Melkanlagen und Agrarflugzeuge eingeführt. Die Wälder wurden geschützt und der Waldbestand, der in der vorrevolutionären Etappe existierte, wurde beträchtlich aufgeforstet. In den Bergen entstanden Außenstellen der Universitäten.

All diese Erfolge erreichten wir, ohne daß die Feindseligkeit der USA auch nur eine Minute nachgelassen hätte.

Die Gesamtheit der Veränderungen und der bis zur *Período especial* erzielten Errungenschaften hätten die erfolgreiche Umsetzung des Nahrungsmittelprogramms gestattet, das im Prozeß der Berichtigung von Fehlern und negativen Tendenzen entwickelt worden war. Dabei ist nicht zu leugnen, daß wir unter Unrentabilität, Paternalismus und anderen Mißständen litten.

Als die *Período especial* einsetzte, veränderten wir die Produktionsweise. Den Arbeitern in der Landwirtschaft wurden Ländereien zum Nießbrauch übergeben, um die genossenschaftliche Produktion zu organisieren. Außerdem erhielten sie Pflanzungen und Produktionsmittel zu günstigen Zahlungsbedingungen.

Über drei Millionen Hektar Land gingen an die Basiseinheiten für Kooperative Produktion über. In der Landwirtschaft überwiegt die genossenschaftliche Produktion der Arbeiter und Bauern, daneben existieren Staatsbetriebe, Genossenschaften und Einzelbauern.

Nach drei Jahrzehnten mit einem zwar relativ bescheidenen aber allmählich steigenden Lebensstandard mit Kennziffern des Wohlstands, der Gleichheit und der sozialen Ordnung, die in der Dritten Welt nicht ihresgleichen finden, gestaltete sich der Alltag des Volkes plötzlich völlig anders. Die schwierigen Tage der Gegenwart hielten Einzug, in denen die materiellen Mängel vorherrschten, in denen es zu einer unerwünschten sozialen Differenzierung kommt und illegale Handlungen zunehmen, die allesamt unsere Werte gefährden.

Im seinem Bericht an das V. Plenum des Zentralkomitees brachte das Politbüro die politisch-ideologische Arbeit mit der völlig neuen Lage während der *Período especial* in Zusammenhang.

"Wir haben Sozialismus und werden auch weiter Sozialismus haben", heißt es in dem vom ZK angenommenen Bericht. *"Aber der einzige Sozialismus, der heute in Kuba möglich ist, erfordert es, daß wir in zunehmendem Maße Faktoren einbeziehen, die schwer zu steuern sind, wie die Ware-Geld-Beziehungen und sogar bestimmte kapitalistische Elemente..."*

Ohne auf seine sozialistische Orientierung zu verzichten, muß sich Kuba in die Weltwirtschaft einfügen, die von den transnationalen Konzernen beherrscht und vom ungleichen Warenaustausch gekennzeichnet wird, und es muß sich die internationalen Märkte erschließen, die von Erzeugnissen überschwemmt werden und auf denen der Wettbewerb ständig schwieriger wird.

Die Herausforderung, die das für jedes beliebige Land der Dritten Welt bedeutet, nimmt im Fall Kubas noch zu, da es von den Einrichtungen des internationalen Finanzsystems ausgeschlossen und einem grausamen Wirtschaftskrieg durch die USA ausgesetzt ist. Wir erhalten keine lang- und mittelfristigen Kredite und müssen für kurzfristige Darlehen hohe Zinsen zahlen.

Unsere wirtschaftliche Öffnung bringt die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und anderen Formen der Wirtschaftsvereinigung mit ausländischem Kapital mit sich, deren Gründung und Entwicklung die USA zu vereiteln versuchen. Aber die Hauptanstrengung müssen wir

erbringen. Nur das, was wir selbst zu schaffen in der Lage sind, wird uns gehören. Wenn wir täglich besser arbeiten, werden wir weiter vorankommen, auch wenn die Feindseligkeit des Imperiums noch so lange andauert.

Die Liste der Probleme ist enorm lang. Die Beschränkungen in der Ernährung, der Mangel an Kleidung, Schuhwerk, Toilettenartikeln und Medikamenten; die Stromabschaltungen und das Fehlen von Haushaltsbrennstoffen; die ersten Schwierigkeiten im Nah- und Fernverkehr, im Wohnungswesen und in den kommunalen Dienstleistungen stellen den heldenhaften Willen unseres Volkes, das diese Härten selbstlos und gelassen bewältigt, auf die Probe.

Jede Fahrlässigkeit, Verschwendung, bürokratische Haltung, Toleranz gegenüber Diebstählen an Rohstoffen und Artikeln begünstigt die feindliche Blockade, und wir müssen sie entschlossen bekämpfen.

Zu den ständigen strategischen Zielen, die jetzt entscheidend sind, gehören: allgemeine Sparsamkeit, Kostensenkung, die Erzielung einer höheren Leistungsfähigkeit in der Produktion und den Dienstleistungen.

Die konkreten Aufgaben sind klar. Die Weiterführung des Kampfes um die Ernährung. Das Erreichen bestmöglicher Ergebnisse bei jeder Zuckerrohrernte sowie einer optimalen Arbeit bei der Aussaat und Pflege des Zuckerrohrs. Ein Sprung nach vorn im Bauwesen und eine bessere Auslastung der Einrichtungen des Tourismus. Die rentablere Nutzung der Energieträger, der Ersatz von Importen und die Steigerung der Exporte. Die fortschreitende Umsetzung der Steuerpolitik und die Sanierung der Staatsfinanzen.

Angesichts unserer harten Wirklichkeit hilft nur die patriotische und revolutionäre Haltung, mehr und besser zu arbeiten.

II. DIE PARTEI DER EINHEIT

Der erste heldenhafte Befreiungsversuch vom Kolonialjoch, der Zehnjährige Krieg, scheiterte vor allem an der fehlenden Einheit der Mambises.

Das Repräsentantenhaus, die Regierung der Republik in Waffen und das Befreiungsheer waren untereinander uneinig. Auch gelang es nicht, ein einziges Oberkommando über alle im Kampf befindlichen Territorien zu errichten.

Die Spaltung war der Grund, der hauptsächlich zum verräterischen Pakt von Zanjón führte, jenem unwürdigen Frieden ohne Unabhängigkeit und ohne die Abschaffung der Sklaverei. Maceo rettete mit seinem Protest von Baraguá die Ehre und Würde der Kubaner, und seine Geste gilt seitdem als Beispiel für die revolutionäre Unnachgiebigkeit der Nation.

Das gleiche tragische Schicksal - ebenfalls infolge der spalterischen Tätigkeit, in der der Faktor der Rasse und die Ermangelung einer entsprechenden Vorbereitung überweg - ereilte den Kleinen Krieg (1879-1880), der in Fortführung des Großen Krieges (1868-1878) ausbrach.

Martí, der die historische Notwendigkeit der Einheit aus diesen dramatischen Erfahrungen erkannte, gründete und leitete die Revolutionäre Kubanische Partei. Er brachte ein gewaltiges Werk voran, das darauf gerichtet war, die ruhmreichen Veteranen und die neuen Kräfte zu vereinen und die in den Reihen der Patrioten herrschenden Widersprüche unterschiedlicher Art zu überwinden, um den notwendigen Krieg erfolgreich wiederaufzunehmen.

Maceo war ebenfalls zu der Schlußfolgerung gekommen, daß eine einzige Partei der Unabhängigkeit dringend notwendig war, und er war stets ein Verfechter der Einheit.

In einem Brief an Martí schrieb der bronzene Titan 1888, daß die Einheit der Kubaner *"das Ideal meines Geistes und das Ziel meiner Anstrengungen war"* (...), *"ohne sie werden all unsere Opfer unfruchtbar bleiben und unsere größten Wagnisse stets im Blut erstickt"*.

Gómez nahm das Angebot der Partei an, die ihn zum Oberbefehlshaber des in Vorbereitung befindlichen Krieges ernannte, und unterzeichnete mit Martí das Manifest von Montecristi, das Programm der Revolution, die am 24. Februar 1895 ausgebrochen war.

Die gleiche entschlossene patriotische Haltung nahmen die bekanntesten militärischen Befehlshaber der vorangegangenen Kämpfe ein.

In der proletarischen Atmosphäre des kubanischen Exils, in der Martí die soliden Grundlagen der Partei schuf, ist der Beitritt des Marxisten Carlos Baliño hervorzuheben, des Anführers der Tabakarbeiter von Tampa und Key West.

Nur die Einheit der Revolutionäre kann zur Einheit des Volkes führen. Sie erfordert eine einzige Partei, die sich auf die Arbeiter stützt, damals wie heute.

Die Spaltung unter den kubanischen Patrioten ermöglichte den Yankees die Errichtung des neokolonialen Modells in Kuba.

Die Neokolonie war anfangs durch die Maske der Zweiparteiensystems der sogenannten Liberalen und der Konservativen gekennzeichnet. Mit der Zeit kamen zahlreiche politische Parteien mit ähnlichen Eigenschaften auf, nur ihr Name war anders.

Das Mehrparteiensystem beabsichtigte, die Ausbeuteten und Unterdrückten zu spalten und die Illusion von Demokratie zu erwecken. Auch die unvermeidlichen Rivalitäten der politischen Intriganten, die beim Plündern der Staatskasse in Konflikte verwickelt waren, wirkten sich aus und begünstigten 1906 eine zweite militärische Besetzung durch die USA.

Das Syndrom des Platt-Amendments und die Drohung einer US-Intervention lasteten negativ auf dem patriotischen Bewußtsein.

In den 20er Jahren kam es zu starken Protesten der Studenten, Intellektuellen und Arbeiter. Es entstanden die ersten nationalen Gewerkschaftsorganisationen mit Persönlichkeiten wie Alfredo López an der Spitze.

1925 begriff eine Gruppe von Revolutionären, daß die Arbeiterklasse das politische Monopol der Oligarchie brechen und ihre eigene Partei gründen müsse. Baliño und Julio Antonio Mella, der große Studentenfürher, waren ihre Gründer.

Die erste marxistisch-leninistische Partei widmete sich der Verbreitung der Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus, der Ermutigung zur Gründung von Klassenbewußten Gewerkschaften und der Aufgabe, diese in ihrem unermüdbaren Kampf zu führen sowie das Volk im Kampf um die nationale und soziale Befreiung zu organisieren. Aus diesem Kampf gingen so unbestechliche Führungskräfte wie Jesús Menéndez und Lázaro Peña hervor.

Alle anderen Parteien der neokolonialen Republik waren unfähig, die breiten Interessen des arbeitenden Volkes zu vertreten, selbst solche, denen aufrichtige Persönlichkeiten angehörten, die beharrlich Reformprojekte vorantrieben, von den Reaktionären ganz zu schweigen.

Diese Interessen erforderten die revolutionäre Machtergreifung, um der Abhängigkeit von den USA und der kapitalistischen Ausbeutung ein Ende zu setzen und mit Hilfe eines neuen gesellschaftlichen Bewußtseins die geistige Erhebung des Menschen in seinen natürlichen Rang als Bruder des Menschen zu erreichen.

Im Gedächtnis des kubanischen Volkes verbindet sich das Mehrparteiensystem korrekterweise mit politischen Intrigen, Ungerechtigkeiten, Mißbrauch, demagogischen Versprechen, die niemals erfüllt werden, Betrug, Korruption und Verkommenheit der Politik.

In gewissen Abständen wurde jene formelle und inhaltslose Demokratie, die nur für die Reichen und ihre Komplizen gut war, von tyrannischen Gewaltherrschaften unterbrochen, die aus den gleichen Kräften hervorgingen, die das nationale Leben beherrschten. So erlitt Kuba seine längsten und blutigsten Diktaturen unter Gerardo Machado und Fulgencio Batista.

Aus unserer eigenen geschichtlichen Erfahrung haben wir also die große Lehre gezogen: Ohne Einheit können die Revolutionäre und das Volk in ihrem Kampf nichts erreichen.

Während der abhängigen Republik war es unmöglich, eine einheitliche Partei der Revolutionäre zu schaffen und noch weniger war es möglich zu erreichen, daß sie die gesamte Nation entscheidend beeinflusste, die in antagonistische gesellschaftliche Klassen und sehr unterschiedliche Bewußtseinsebenen gespalten war.

Das Fehlen einer vereinten Avantgarde und bewaffneter Streitkräfte aus dem Volk machte die großen Ziele der Revolution von 1933 gegen Machado zunichte.

Auf der einen Seite kämpften die Kommunisten, geführt von Rubén Martínez Villena, die den Anstoß zum Generalstreik der Arbeiter gaben, der zum Sturz von Machado, des "Esels mit Krallen", führte. Auf der anderen Seite standen die Kräfte mit Antonio Guiteras an der Spitze, die auch entschlossen antiimperialistisch waren und unter den Studenten und den Mittelschichten ein großes Ansehen genossen. Sie schafften es nicht, sich zu vereinen, und die Revolution konnte von Batista und der US-Botschaft niedergeschlagen werden.

Den am Volk orientierten Kreisen gelang es, in einer Situation des weltweiten Widerstands gegen die faschistische Aggression, gewisse demokratische Reformen voranzubringen und den Anstoß für die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung zu geben.

Trotzdem wurden die fortschrittlichen Prinzipien der Verfassung von 1940, wie die Abschaffung des Großgrundbesitzes und der Rassendiskriminierung, niemals erfüllt, weil die ergänzenden Gesetze fehlten, denen sich die herrschenden Klassen widersetzen. Dies zu erreichen, war nur mit Hilfe einer wirklichen und tiefgreifenden gesellschaftlichen Revolution möglich.

Das kubanische Volk ertrug diese Erscheinungen mehrere Jahrzehnte lang und ekelte sich schließlich vor diesen widerlichen Formen politischer Intrigen. In dieser weit verbreiteten Stimmung stieß die moralisierende Rede des höchsten Führers der Orthodoxen Partei, Eduardo Chibas, auf ungeheures Gehör. Sein Leben opfernd verkündete er, es sei unmöglich, innerhalb des bestehenden gesellschaftlichen Systems mit der Korruption aufzuräumen, was die jugendliche Avantgarde dieser Organisation bald begreifen sollte.

Als in den 50er Jahren die permanente strukturelle Krise des Neokolonialismus in Kuba offenkundig wurde und der Imperialismus die sich im Aufschwung befindliche Volksbewegung fürchtete, griff er zu der reaktionären Lösung. Er brachte seinen alten Diener, General Batista, wieder an die Macht und setzte somit dem Mehrparteiensystem als legaler Option ein Ende.

Das war kein vereinzelter Vorfall, sondern eine Politik Washingtons, von der jedesmal dann Gebrauch gemacht wurde, wenn es seinen Interessen in Lateinamerika aus unterschiedlichen Gründen zuträglich war. Dafür haben die USA auf verschiedene Methoden zurückgegriffen; unter anderem auf den direkten Einsatz ihrer Streitkräfte, wie 1965 in der Dominikanischen Republik oder auf eine CIA-Operation, wie 1954 in Guatemala und 1973 in Chile.

Nach dem Staatsstreich erklärte Batista in seiner Rede vom 10. März 1952, wie üblich voller Zynismus und Überheblichkeit: "...die politischen Parteien in Kuba hatten vergessen, daß es schon drei Parteien gab, die gelbe Partei, die blaue Partei und die weiße Partei...", womit er sich deutlich auf die Armee, die Polizei und die Kriegsmarine berief.

Keine politische Gruppierung des Bürgertums stellte sich der Batista-Diktatur konsequent entgegen. Die Haltung dieser Gruppen schwankte zwischen der Unterstützung der Diktatur, der Forderung nach Beteiligung an der Macht, der mündlichen Verurteilung ohne wirksames Handeln und dem sogenannten Quietismus (sich absolut ruhig verhalten). Einige Persönlichkeiten nahmen individuell eine standhafte Haltung ein und wurden Opfer der Diktatur.

Die Sozialistische Volkspartei (PSP) verurteilte den proimperialistischen Charakter des Staatsstreiches, war aber in einem Klima des Antikommunismus, des Kalten Krieges und der Repression, deren Opfer sie war, isoliert. Sie stellte sich der Militärdiktatur entschlossen entgegen, fand aber nicht den Weg, sie zu stürzen.

Die Batista-Diktatur wurde die ganze Zeit über von der US-Regierung unterstützt.

Als es schien, daß die schwierige Lage in Kuba ausweglos war, als das Volk zum größten Teil an nichts und an niemanden mehr glaubte, begann sich am 26. Juli 1953 alles zu verändern.

Der Sturm auf die Moncada in Santiago de

Cuba und die Céspedes-Kaserne in Bayamo kennzeichnete die Herausbildung von vier Elementen, die für die Durchführung der Revolution entscheidend sein würden. Neue junge politische Führer, mit Fidel Castro an der Spitze, dessen Bewußtsein bereits martianisch und marxistisch-leninistisch geprägt war; eine neue avantgardistische Organisation; die Taktik des bewaffneten Volkskampfes und ein Programm, das in der Lage war, das gesamte Volk in der Aktion zu vereinen. Vor seinen Richtern wurde es von dem Anführer jener vertreten, die die notwendige "Pflicht, Gauner zu töten und das Werk der Revolutionen zu vollenden" auf sich nahmen.

Der Anführer der Revolution verkündete in seinem Plädoyer, das als "Die Geschichte wird mich freisprechen" bekannt ist, der geistige Vater der heldenhaften Aktion sei José Martí gewesen.

Der bewaffnete Kampf wurde mit der Landung der Jacht *Granma* an der Küste im Osten Kubas wiederaufgenommen. Mit Fidel und anderen Überlebenden des Sturms auf die Moncada, wie Raúl und Almeida, und wertvollen neuen Kämpfern, wie Camilo und Che, formierte sich das Rebellenheer, nach anfänglichen Rückschlägen und nachdem es übermenschliche Hindernisse bewältigt hatte, in der Sierra Maestra neu.

Unterdessen nahmen in den Ebenen die Aktionen der Untergrundbewegung zu: Frank País ist das beste Beispiel dafür. Dem Vorbild von Mariana Grajales folgend, schlossen sich die Kubanerinnen dem Kampf an. Celia Sanchez symbolisiert die selbstlose Präsenz der Frau in der Revolution.

José Antonio Echeverría, der Vorsitzende des Studentenverbandes, gründete das Revolutionäre Direktorium, das 1957 den verwegenen Sturm auf den Präsidentenpalast ausführte, der als herausragendste Tat des aktiven Kampfes dieser Organisation gegen die Diktatur gilt.

Aus der Illegalität klagten die von Blas Roca geleitete PSP und die Sozialistische Jugend weiterhin die Diktatur an und setzten sich für die Einheit ein.

Die revolutionären Kräfte verschmolzen in der Aktion um die Eroberung der Macht, da sie gemeinsame patriotische Prinzipien hatten, sie dem Volk dienten, dessen Ablehnung der Diktatur auf tausenderlei Art und Weise zum Ausdruck kam, und da sie übereinstimmend die entscheidende Rolle des Rebellenheeres anerkannten, das aus den Reihen der Bewegung des 26. Juli entstanden und in 25 Monaten des blutigen Befreiungskrieges gestählt worden war.

Nach dem Sieg des Volksaufstandes, in Situation des schärfsten Klassenkampfes, in dem die Macht nun aber in den Händen des arbeitenden Volkes und seiner Rebellenarmee lag, verloren die Zeitungen der Oligarchie ihre Leser und die bürgerlichen Parteien verschwanden von der nationalen Bühne, ohne daß es ein revolutionäres Gesetz gegeben hätte, das sie verbot. Sie waren aufgrund ihrer korrupten Geschichte und ihrer Beziehungen zum neokolonialen System vollkommen in Mißkredit geraten und wurden verachtet.

Die politischen Intriganten gingen in den Norden, wo sie das abgenutzte Image ihrer Gruppen in der Hoffnung bewahrten, hinter den Yankeeabjonten zurückzukehren. Sehr bald warb die CIA viele von ihnen an und stellte sie in den Dienst ihrer kriminellen Pläne, und seitdem dienen sie und ihre Anhänger der schändlichen Sache des Annexionismus.

Die gegen die Nation gerichtete Armee, die Polizei und die anderen Repressionsorgane, die während des Bestehens der neokolonialen Republik das Volk bestahlen, es unterdrückten, entwürdigten und ermordeten, wurden aufgelöst. Die Kasernen wurden zu Schulen, und zahlreiche veruntreute Güter konnten zurückerlangt werden. Der verfaulte bürgerliche Staatsapparat begann zu zerfallen.

Die Führer der siegreichen Revolution verstanden, daß die schwierigsten und gefährlichsten Momente noch bevorstanden, denn sie mußten sich unvermeidlich sowohl dem historischen Feind Kubas als auch der Konterrevolution, die ihm diente, entgegenstellen.

Unter jenen Umständen verstärkte sich der Zusammenhalt der Revolutionäre, die darin über-

einkamen, die Gründung einer einheitlichen Partei voranzutreiben, die der ideale und sicherste Weg sei, um die ständige Einheit des Volkes zu erlangen.

Aus dem Zusammenschluß der Bewegung des 26. Juli mit der Sozialistischen Volkspartei und dem Revolutionären Direktorium 13. März entstand die Vereinigung Revolutionärer Organisationen (ORI).

Diejenigen, die sich in diesen drei Organisationen dem Terror der Diktatur heldenhaft entgegenstellten und dabei die Prinzipien bewahrt hatten, bildeten logischerweise die Kerngruppe der neuen Partei. Sie tragen das Verdienst, ihre Gründer zu sein.

Die siegreiche Revolution löste eine Massenbewegung ohne Gleichen aus, und die von Mujal - dem Generalsekretär der Gewerkschaft unter Batista - eingesetzten Funktionäre, die Handlanger der Arbeitgeberschaft und der Diktatur waren, wurden aus den Gewerkschaften ausgeschlossen.

Die Massen, die viele Jahre lang von der imperialistischen, antikommunistischen und antisowjetischen Propaganda vergiftet worden waren, erkannten schnell aus eigener Erfahrung die Lüge, der sie zum Opfer gefallen waren. Ihre Feinde, die Regierung der USA und die Ausbeuterklassen des Landes, wurden vom ersten Jahr der Revolution an entlarvt.

Unter solchen besonderen Bedingungen mußten bei der Gründung der neuen Einheitspartei dogmatische Auffassungen vermieden werden, ohne jedoch die Notwendigkeit einer Avantgarde zu vergessen.

Marti hat uns den Schlüssel gegeben: In einer Situation, in der das Bewußtsein der Unabhängigkeit zunahm, ein revolutionäres Klima herrschte und der notwendige Krieg unmittelbar bevorstand, mußte man *"die Revolutionäre, verbunden in einem unumstößlichen Plan zu einem hohen und beständigen Werk, vereint in einer einfachen und verlässlichen Organisation"* versammeln.

Mit dieser martianischen Lehre und dem Hinweis Lenins darauf, daß sich die Partei der machtausübenden Arbeiterklasse *"konstituiert und entwickelt, indem die besten Elemente der Klasse ausgewählt werden"*, entstand unsere Avantgarde.

Indem er zu Beginn der 60er Jahre die Fehler des Sektierertums aufzeigte, die bei der Gründung der ORI begangen worden waren, und die Ideen Martis und Lenins kreativ auf die spezifische Situation Kubas in diesem Moment anwandte, leistete Fidel einen außerordentlichen Beitrag zur Theorie und Praxis der Organisation einer revolutionären Partei an der Macht. Die kubanische Partei wurde in dieser Etappe in Einheitspartei der Sozialistischen Revolution (PURS) umbenannt.

Die Partei sollte sich aus Frauen und Männern zusammensetzen, die frei waren von jeglichem Verdacht, mit der Diktatur oder der Arbeitgeberschaft Nachsicht zu üben, die ihr freiwillig angehören wollten und ihre sozialistischen Ziele anerkannten. Sie sollten bei der Erfüllung aller Aufgaben, die die Revolution auf dem Gebiet der Verteidigung, der Produktion und der gesellschaftlichen Aktivitäten stellte, beispielgebend sein, von erwiesener Rechtschaffenheit und untadelig in ihrem alltäglichen Verhalten im Kollektiv, in der Gemeinschaft sowie bei der Erziehung ihrer Kinder.

Diese Eigenschaften, die verlangt wurden, um zu einer echten Avantgarde zu gehören, mußten den Arbeiterkollektiven von den Organisationskomitees der Partei erläutert werden, damit diese dann angaben, wer unter ihren Arbeitskollegen solche Tugenden besaß. Anschließend wurden die vorgetragenen Meinungen ausführlich diskutiert und schließlich darüber abgestimmt, wer die entsprechenden Werte in sich vereint, um dieser Gemeinschaft der vorbildlichen Arbeiter anzugehören.

Die Komitees analysierten dann jedes einzelne Mitglied dieser Gemeinschaft noch eingehender und individuell, um daraus die Grundorganisationen der Partei zu bilden.

Auf diese Weise wurde die Parteizelle zum Spiegel der besten Eigenschaften des Arbeiterkollektivs, sie wurde zu seiner Avantgarde, die aus den Meinungen aller entstanden war und die

die revolutionäre Leitung der Arbeitsstätte bildete.

In allen Fällen war und ist die Meinung der Massen und nicht eine persönliche Entscheidung die ausschlaggebende Bedingung für die Auswahl der Mitglieder.

In den Bewaffneten Streitkräften und im Innenministerium wurden ebenfalls Parteizellen gebildet.

Auf diese Weise haben wir es geschafft, eine Partei mit einer strengen Auswahl zu schmieden, die gleichzeitig eine große Autorität und die vollkommene Unterstützung der Arbeiter genießt und eng mit den Massen verbunden ist. Für ihre Mitglieder darf es keine Privilegien geben, nur noch größere Disziplin und Opferbereitschaft, mehr Aufgaben und Verantwortlichkeiten, die von der Liebe zum Vaterland und ihrer unbegrenzten Treue zum Volk motiviert sind.

Der neue Weg, der notwendigerweise gewählt wurde, führte in der ersten Zeit zu einer zahlenmäßig kleinen Organisation mit 40.000 Mitgliedern zwischen 1962 und 1964, und einem allmählichen Anstieg. Das Anwachsen ihrer Reihen würde das Ergebnis der zunehmenden Zahl von Arbeitern und der Anhebung ihres revolutionären Bewußtseins sein.

1965 nahm die PURS, die es mit solchen massiven Methoden geschafft hatte, die Enge des Sektierertums grundlegend zu beseitigen, den Namen an, der ihr letztendliches Ziel definierte: Kommunistische Partei Kubas. Das erste Zentralkomitee wurde gegründet und die revolutionäre Presse schloß sich in den Zeitungen *Granma* und *Juventud Rebelde* zusammen.

Gegenwärtig haben wir mehr als 770.000 Mitglieder, die würdig die körperlich, intellektuell, zivil und militärisch tätigen Massen in Stadt und Land vertreten.

In etwas mehr als drei Jahrzehnten stieg die Mitgliedschaft der Partei fast um das 20fache.

Diese ungeheure Kraft summiert sich zu den etwa 500.000 Angehörigen der kommunistischen Jugendorganisation, deren Aufnahme sich auch nach Auswahlprinzipien richtet und die sich mit den Mitgliedern unserer Massen- und gesellschaftlichen Organisationen in die gleiche Richtung bewegen.

Unsere Partei kann eine Auswahlmethode vorweisen, die sich dadurch auszeichnet, sowohl demokratisch als auch streng zu sein.

Die Qualität allein reicht für die Aufnahme nicht aus. Die Mitglieder, die in ihren Organisationen zusammengeschlossen sind, müssen sich aktiv dafür einsetzen, die Politik der Partei in ihrem Arbeitsumfeld und in ihrem gesellschaftlichen Milieu sowie angesichts der unterschiedlichsten Situationen umzusetzen.

Die kollektive Wachsamkeit der Grundorganisation und der Leitungsorgane, die ständige kritische und selbstkritische Analyse in ihren Reihen und die systematische Bewertung der spürbaren Ergebnisse eines jeden Mitglieds oder Kaders bilden die Grundlagen für die Berichtigung der individuellen oder allgemeinen Unzulänglichkeiten und Fehler, für den Ausschluß jener aus ihren Reihen, die nicht mehr würdig sind, ihnen anzugehören, sowie für die Beförderung, Absetzung oder Erneuerung der Kader.

In der Gegenwart müssen wir weiterhin zur Konsolidierung der gerechten Politik beitragen, besonders Schwarze und Frauen als Kader vorzuschlagen, ohne dabei jedoch in ein Schema zu verfallen. Wir müssen dabei auf dieselbe Weise vorgehen, wie wir es in bezug auf die Jugendlichen getan haben. Das stärkt die moralische Autorität der Partei in unserem Volk. Die Partei muß darauf bestehen, diese Politik in allen Sphären der Gesellschaft umzusetzen.

Die qualitative und quantitative Stärkung der Partei wurde in den harten Jahren der *Período especial* beibehalten, trotz der negativen ideologischen Auswirkung der Auflösung des Sozialismus in der Sowjetunion und in Osteuropa und trotz der Verschärfung der kriminellen US-Blokade mit ihren furchtbaren Konsequenzen für die materielle Lage des Volkes

• In den letzten fünf Jahren sind 232.000 vorbildliche Arbeiter in die Partei eingetreten,

das heißt 30 Prozent der gegenwärtigen Mitgliedschaft.

Die Erfahrung beweist, daß das Handeln der Partei entscheidend zur Suche nach Lösungen beigetragen hat, um den Auswirkungen der Wirtschaftskrise während der letzten Jahre zu begegnen. Die Partei ist heute mehr denn je in der Lage, ihre Rolle als Führungskraft der kubanischen Gesellschaft zu vervollkommen.

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Partei muß das Leben des Arbeits- oder Studienkollektivs, der militärischen Einheit, der Gemeinschaft, des Territoriums stehen. Dort, wo sich das Vorbild aller und eines jeden einzelnen tagtäglich offenbart, hat die Trägheit keinen Platz und die politisch-moralische Situation erstarkt.

Das ist die Partei für alle Kämpfe.

Diejenige, deren Ideologie die Lehren der hervorragenden Lehrer der Arbeiterklasse, Marx, Engels und Lenin, sind, die Lehren Martis und die schöpferischen Ideen sowie das Beispiel von Fidel.

Diejenige, die von jedem einzelnen ihrer Mitglieder fordert, mit dem eigenen Kopf zu denken und sich im Kreis der Parteiorganisationen frei auszusprechen und gemeinsam zu handeln, wie eine Person, wenn ein Vorhaben einmal beschlossen wurde.

Diejenige, die bei ihrem ständigen Kontakt mit dem arbeitenden Volk lehrt und lernt, *"indem sie seine Meinungen fühlt, indem sie seine Emotionen fühlt..."*, wie Che es ausdrückte.

Diejenige, deren Arbeitsstil es ist, in jedem Moment die Schwierigkeiten, Anschauungen und Vorschläge der Massen in Erfahrung zu bringen.

Diejenige, die die kubanische Nation bei der Bewahrung der Unabhängigkeit des Landes leitet.

Diejenige, die das Werk des Aufbaus und der Gerechtigkeit im letzten Drittel dieses Jahrhunderts vorangetrieben hat.

Diejenige, die mehrere Generationen von Revolutionären zur grenzenlosen Treue zum Vaterland und zum Internationalismus erzogen hat.

Diejenige, die mit Entschlossenheit und Klugheit den Widerstand des Volkes geleitet hat, das der kollektive Held des Epos ist, das Kuba im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts schreibt.

Diejenige, die niemals vor den Gefahren zurückschreckt und vollkommen an den endgültigen Sieg glaubt.

Der Feind bekämpft unsere Partei nicht deshalb, weil es die einzige ist, sondern weil ihr Vorhandensein und ihr Wirken die Einheit unseres Volkes garantiert.

Das kubanische Volk entschied sich gerade deshalb für eine einzige Partei, um die revolutionäre nationale Einheit zu erzielen, ohne die es ihm nicht möglich wäre, sein freies, demokratisches und sozialistisches Vaterland zu verteidigen.

Die Partei der Einheit der Kubaner gegründet zu haben, ist eines der bedeutendsten Verdienste Fidels und der historischen Leitung auf dem Gebiet einer siegreichen Strategie des Kampfes gegen den mächtigsten und zynischsten Feind aller Zeiten.

In bezug auf die einzige Partei der Revolutionäre seiner Epoche, bekräftigte Marti, indem er sie vor den Intrigen der spanischen Kolonialisten verteidigte:

"Sie entstand in einem Stück, von allen Seiten auf einmal. Und derjenige außerhalb oder innerhalb ihrer Reihen, der sie für auslöscherbar und vergänglich hielt, wäre im Irrtum. Was eine Gruppe erstrebt, fällt. Bestand hat, was ein ganzes Volk will. Die Kubanische Revolutionäre Partei ist das kubanische Volk."

In Zurückweisung der Hysterie, der Verleumdungen, der Lügen und der Absichten des Feindes können wir sagen:

Die Kommunistische Partei Kubas bleibt trotz der Widrigkeiten dieser Jahre bestehen und wächst, weil das kubanische Volk es will. Sie ist das wachsame Bewußtsein und das Rückgrat des Widerstandes der kubanischen Nation.

III. DIE DEMOKRATIE, DIE WIR VERTEIDIGEN

Die kubanische Revolution führte auf allen Ebenen des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens eine tiefgreifende und außergewöhnliche Demokratisierung durch und bewies, daß es möglich ist, die Idee einer Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk zu verwirklichen.

Unser politisches, wahrhaft demokratisches, sozialistisches System mit breiter Beteiligung des Volkes begründet sich auf die Würde, die Gleichheit und die wirkliche Ausübung der Menschenrechte. Das Überleben der Revolution in diesen harten Jahren ist nur mit ihrem absolut demokratischen Fundament zu erklären. Eine revolutionäre Umwandlung ist unumkehrbar, wenn ein ganzes Volk sie durchführt, verteidigt und tagtäglich vervollkommenet.

Das kubanische Gesellschaftssystem wurde weder importiert noch widerspricht es unserer Geschichte, sondern es ist das folgerichtige Ergebnis von Bemühungen um die Befreiung, die mehr als anderthalb Jahrhunderte währten. Vom Priester Felix Varela eingeleitet, wurden sie 1868 und 1895 zum Volkskrieg und erreichten am 1. Januar 1959 ihren Höhepunkt.

Eine vollkommen freie und souveräne Nation, die auf Gerechtigkeit und Solidarität gegründet ist, das ist das Vaterland, das wir heute haben, das unsere Vorfahren ersehnten und das den Imperialismus, der es zu zerstören versucht, weiter bekämpft.

Seit dem Sturm auf die Moncada hat Fidel das kubanische Volk mobilisiert und in den Kampf um den Sieg seiner historischen Bestrebungen und der immer wieder verschobenen Träume, eine martianische Republik zu gründen, einbezogen.

In der Sierra Maestra waren mitten im Krieg schon die Ansätze dessen wahrzunehmen, was die Kubanische Revolution nach ihrem Sieg in demokratischer Hinsicht bedeuten würde. Das Volk ernährte und unterhielt seine eigene Armee, und in den befreiten Territorien wurden die ersten Agrargesetze erlassen und es entstanden die ersten Keime eines würdigeren und menschlicheren Lebens.

Angesichts des Zusammenbruchs der Diktatur im Januar 1959 konnten der Imperialismus und seine Agenten hier im Land ihre Kräfte nicht neu gruppieren, um einen ihren Interessen entgegenkommenden Ausweg zu finden, denn das Volk verwandelte die Atmosphäre des Aufstandes in den einhelligen Generalstreik, zu dem das Oberhaupt der Revolution aufgerufen hatte.

Von diesem Moment an übten die Massen zum ersten Mal in der Geschichte des Landes tatsächlich die Macht aus. Es begann die Umgestaltung der Gesellschaft, und die siegreiche Revolution war in der Lage, den wütenden Angriffen der inneren und äußeren Feinde zu begegnen.

In den letzten vier Jahrzehnten ist die Beteiligung des Volkes angesichts der Herausforderungen und Aufgaben entscheidend gewesen.

Das Volk reihte sich in die bewaffnete Verteidigung des Landes ein und führte freiwillig und massiv heldenhafte internationalistische Missionen durch. Das Konzept des Krieges des gesamten Volkes offenbart das demokratische Wesen der Revolution und stellt angesichts der wiederholten imperialistischen Drohungen unsere wichtigste Waffe dar.

In Kuba wurde die Definition Martis zur Wirklichkeit:

"Die Republik ist das Volk, das zur Rechten das Tabakmesser des Arbeiters und zur Linken das Gewehr der Freiheit hat!"

Der historische Sieg der Massen über das Analphabetentum, die Weiterbildungskurse, die Arbeiter- und Bauernfakultäten sowie der Ausbau der Hochschulbildung bis zum Forum für Wissenschaft und Technik sind die Summe der Anstrengungen der gesamten Gesellschaft, um das Postulat Martis zu erfüllen: *"Gebildet zu sein, ist der einzige Weg, frei zu sein."*

Die Arbeiter übernahmen bewußt ihre Rolle bei der Schaffung des nationalen Reichtums. Die wirtschaftlichen Umgestaltungen bauten auf ihre unbestreitbare Führungsrolle. Millionen Kubaner widmeten sich, wie Che es wollte, der freiwilli-

gen Arbeit und leisteten wertvolle Beiträge zum Aufbau der neuen Gesellschaft. Mit dem Prozeß der Berichtigung hat die Partei dazu aufgerufen, die freiwillige Arbeit als ein Element wiederzubeleben, das die Werte stählt, die dem neuen Menschen innewohnen.

Die Revolution stimuliert die Kreativität der Massen auf allen Gebieten. Unzählig sind die Lösungen, die zur Produktion und zu den Dienstleistungen beigesteuert worden sind. Dies war natürlich nur dank der Vorherrschaft des sozialistischen Eigentums und der Demokratisierung des Bildungswesens möglich, das Unterrichtsmöglichkeiten für das ganze Volk bereitstellte und die technische Weiterbildung der Arbeiter erleichterte. Wir haben das martianische Prinzip verwirklicht, das Studium mit der Arbeit zu verbinden.

Die Politik zur Entwicklung des Gesundheitswesens, des Bildungswesens, der Kultur und des Sports, die ihrer Erfolge wegen weltweit anerkannt wird, stützt sich ebenfalls auf einen breiten gesellschaftlichen Einfluß unter ständiger Mitwirkung des Volkes.

Die Chancengleichheit für alle war und ist der immerwährende Vorsatz der Revolution, deren Werk von einem wahren und konsequenten Humanismus gekennzeichnet ist, trotz des Schandens, den die Auswirkungen der hartnäckigen Yankee-Blockade dieser gerechten Politik verursachen.

Das Engagement der Massenorganisationen illustriert den Charakter der kubanischen Demokratie: Der Gewerkschaftsdachverband (CTC) und die einzelnen Gewerkschaften, der Nationale Verband der Kleinbauern (ANAP), die Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR), die Kubanische Frauenföderation (FMC), die Studentenorganisationen, die Gesellschaft der Kämpfer der Kubanischen Revolution und viele andere mit sozialem Charakter bilden ein System der Kommunikation, der Debatte und der kollektiven Leitung und waren für die Inangriffnahme bedeutender politischer und sozialer Aufgaben ein erstrangiger treibender Faktor.

Der Sozialismus in Kuba ist organischer Bestandteil des geschichtlichen Verlaufs. Die Glaubwürdigkeit und die Ursprünglichkeit unseres politischen Systems und seiner Institutionen stehen über Fehlhandlungen und Unzulänglichkeiten, die von den Umständen abhängig und in jedem menschlichen Werk zugegen sind. Ein wesentlicher Charakterzug unserer Demokratie besteht in ihrer Fähigkeit, mit dem Eingreifen der Massen Deformationen zu berichtigen, Fehler zu beheben, Hindernisse niederzureißen und neue Wege einzuschlagen.

Statt sich zu verbarrikadieren schuf die Revolution, trotz der hartnäckigen und systematischen Hetze des Imperialismus, Formen der Beteiligung, die sich im Laufe der Zeit vervollkommen haben und die immer eine ständige Erneuerung erfordern werden. Dieser Wille zum Widerstand und zur Veränderung ist im gesamten Werdegang der Gründung und Entwicklung der kubanischen Institutionen zu finden.

Der ständige Anstieg des Bewußtseins des Volkes ging mit der Anhebung des kulturellen Niveaus, des Bildungsstandards und mit sozialen und materiellen Fortschritten einher. Das fand Mitte der 70er Jahre seinen Ausdruck in unserer sozialistischen Verfassung. Diese wurde von allen Kubanern diskutiert und bei der Abstimmung, an der sich 98% der wahlberechtigten Personen ab 16 Jahren beteiligten, stimmten 97,7% der Wähler dafür und nur ein Prozent dagegen. So entstanden die repräsentativen staatlichen Organe eines Volkes, das seit dem 1. Januar 1959 die Macht ausübt. Unser Volk beschloß, in der Verfassung zu bekräftigen:

"Die Kommunistische Partei Kubas, die organisierte marxistisch-leninistische Avantgarde der Arbeiterklasse, ist die höchste leitende Kraft der Gesellschaft und des Staates, die die gemeinsamen Anstrengungen zu den hohen Zielen des Aufbaus des Sozialismus und des Fortschritts in Richtung einer kommunistischen Gesellschaft organisiert und orientiert."

Die Grundlage des kubanischen politischen Systems ist die Wahl der Abgeordneten des Wahlkreises. Die Kandidaten werden auf Wohngebietsversammlungen vorgeschlagen und gewählt. Die Abstimmung erfolgt frei, geheim, direkt und die Stimmenausschüttung ist öffentlich.

Um gewählt zu werden, sind über 50% der Stimmen notwendig. Die Delegierten, die die Kommunalparlamente der Volksmacht bilden, legen regelmäßig vor ihren Wählern Rechenschaft ab und können jederzeit von ihnen abgesetzt werden. Die gewählten Vertreter aller Ebenen erhalten für diese Arbeit keinerlei Vergütung. Unserem Wahlsystem sind politische Intrigen, Betrug und Stimmenkauf fremd. Die Partei stellt weder Kandidaten auf, noch wählt sie sie, noch setzt sie sie ab.

Diese volle Demokratie hat unseren Rechtsstaat getragen und trägt ihn weiterhin. Weder in den schwierigsten Augenblicken noch unter den kritischen Bedingungen dieser Jahre haben wir auf die umfassendste und entschlossene Ausübung der Demokratie verzichtet.

Die Richtlinien, die nach einem umfassenden Prozeß von Volksbefragungen vom IV. Parteitag beschlossen wurden, dienten als Fundament für die Veränderung grundlegender Aspekte der Verfassung von 1976 und der Wahlgesetzgebung. Es wurde die direkte und geheime Wahl der Abgeordneten zur Nationalversammlung und der Delegierten zur Provinzversammlung festgelegt; die Kompetenzbereiche der Organe der Volksmacht und der staatlichen Verwaltung wurden viel besser definiert und die Erfahrung der Volksräte, die den Grundstein für die Beteiligung der Gemeinschaft an der Lösung ihrer Probleme darstellen, wurde verallgemeinert.

Das Wesen des kubanischen politischen Systems legt Nachdruck auf die echte Einbeziehung der Gesamtheit der Gesellschaft in die Entscheidungsprozesse. Die Diskussion von Angelegenheiten öffentlichen Interesses, die von Themen mit nationaler Tragweite bis zu solchen mit lokaler Bedeutung reichen, trägt zur Einheit bei und ist Grundlage für Beschluß und Umsetzung praktischer Maßnahmen.

In diesem Sinne vermehren sich solche bereichernden Erfahrungen wie die Gemeindearbeit der Volksräte, die Kongresse der Gewerkschaften, der Studenten und anderer Massenorganisationen und gesellschaftlicher Vereinigungen, deren Analysen in Anwesenheit von Regierungsvertretern Politik bestimmt haben. Ständig wird die kollektive Suche nach Lösungen, die Verteilung von Verantwortlichkeiten, der gesellschaftliche Appell und die Kontrolle durch das Volk gefördert.

Die Massenorganisationen, die gesellschaftlichen und beruflichen Gruppierungen und andere Formen der Vereinigung haben den Interessen und den Sorgen aller Schichten unserer sozialistischen Zivilgesellschaft Raum und Richtung gegeben.

Die 1994 von der Nationalversammlung der Volksmacht ergriffenen Maßnahmen zur Sanierung der Staatsfinanzen sind Ergebnis eines Prozesses breiter Diskussionen im Volke, der Arbeiterparlamente in über 80.000 Arbeitsstätten und Studieneinrichtungen.

Die Versammlungen, die die Frage der Wirtschaftlichkeit zum Thema haben, finden mindestens zweimal pro Jahr statt und machen die wirksame Beteiligung der Arbeiter an der Diskussion der wirtschaftlichen Probleme und der Pläne möglich. Hier können sie ihre Funktion als kollektive Eigentümer der Produktionsmittel ausüben.

Die öffentlichen Anhörungen, die von den Ausschüssen der Nationalversammlung einberufen wurden, und der massive Prozeß der Bekanntmachung und der Analyse des "Gesetzes der Bekräftigung der Würde und der Souveränität Kubas" sowie der "Erklärung der Mambises des 20. Jahrhunderts" sind neue Ausdrucksformen des tiefempfundenen Patriotismus unseres Volkes.

Die sozialistische Demokratie vervollkommenet sich ständig von selbst, um den Menschen geistig zu stärken; sie trägt dazu bei, seinem Dasein und seiner Arbeit einen größeren schöpferischen Sinn zu geben sowie seinem Leben eine höhere Qualität zu verleihen.

Wir haben einer unpolitischen Haltung entgegen gewirkt, ohne Fanatiker heranzuziehen. Die Revolution braucht Bürger, die ihre Verantwortungen frei und bewußt wahrnehmen und in der Lage sind, ihre Pflichten und Rechte voll auszuüben.

Zwischen unseren Führungskräften und dem

Volk ist kein Bruch möglich. In der systematischen Kommunikation und Identifizierung mit der Masse wurzelt einer der Faktoren, die die Einheit der Aktion und die Kraft der revolutionären Macht garantieren. Die sozialistische Demokratie fordert von den Kadern Ernsthaftigkeit, Bescheidenheit, die Neigung, sich in den Dienst des Volkes zu stellen, Transparenz bei der Ausübung der öffentlichen Funktion sowie ein vorbildliches Leben als Staatsbürger.

Unsere Führungskräfte stammen aus dem Volk und sind ihm gegenüber für ihre Taten verantwortlich. Bei uns kann niemand ein Amt in der Avantgarde bekleiden, der seiner Verantwortung nicht gerecht wird. Es gab nie und es wird auch nie Straflosigkeit für jene geben, die den gesetzlichen Rahmen übertreten und öffentliche Funktionen mißbrauchen. Die Annahme des Ehrenkodex der Kader des kubanischen Staates im Jahr 1996 ratifizierte die Grundlagen der politischen und moralischen Verpflichtung, die sie der Gesellschaft gegenüber eingehen.

Diese Prinzipien bilden einen Kontrast zur Demagogie, zum Krämergeist, zu den unablässigen Finanzskandalen, zur weitverbreiteten Korruption, die alle Merkmale der Politik in den USA sind, dem Land, das beabsichtigt, sich zum Modell für die Welt zu erheben.

In Wirklichkeit mangelt es dem US-amerikanischen System an Glaubwürdigkeit vor seinem eigenen Volk. Eine Maschinerie, die von den gleichen Monopolen kontrolliert wird, die Milliarden für eine immer teurer werdende Wahlfarce ausgeben, bei denen sich die Mehrheit der Wähler ihrer Stimme enthält, kann das Volk nicht repräsentieren.

Der Imperialismus trachtet danach, die ethischen Grundlagen der Revolution zu erodieren, um sie von innen her auszuhöhlen und unsere Souveränität zu untergraben. Er strebt mit allen Mitteln danach, unter uns den Egoismus, die Anarchie und ein übertriebenes Konsumverhalten anzuregen, und versucht, den Umsturz der Ordnung, den Bruch der Einheit voranzutreiben. Er versucht die Wühltätigkeit der annexionistischen Gruppierungen zu erleichtern, die - vom Ausland finanziert - die Rückkehr des US-amerikanischen Jochs und die Wiedererrichtung des Kapitalismus anstreben.

Wir stehen neuen, immer spitzfindigeren und komplexeren Formen des ideologischen Kampfes gegenüber, die eine tägliche Herausforderung für das Vermögen unserer Institutionen in sich bergen, das Volk zu mobilisieren. Sie wollen der Autorität, dem Einfluß und der Rechtmäßigkeit des revolutionären institutionellen Systems schaden. Die Antwort muß kohärent und unerschütterlich sein und an den mächtigen Vorrat von Argumenten der Revolution appellieren, an die Einheit, an unsere moralischen Reserven, an den patriotischen Nerv jedes Kubaners.

Das Gesindel, die Kriminalität und all jene, die zur Verletzung der Gesetze und zur Zuwiderhandlung gegen die Ordnung ermutigen, dienen objektiv unseren Feinden. Jeder Fall von Korruption, dem wir nicht rechtzeitig entgegentreten, untergräbt das Ansehen unserer Demokratie zugunsten derer, die sie abschaffen wollen. Gleichgültigkeit und Untätigkeit sind heute für Revolutionäre unzulässig.

Die Aufgabe moralischer Prinzipien und Normen, das Ausbleiben der Solidarität, die Gefühllosigkeit, die Verblendung und leichtfertige Verehrung von US-amerikanischen Vorbildern und Symbolen greifen unsere patriotischen und sozialistischen Werte ebenfalls an.

Die Revolution muß weiterhin wachsam sein und unser Volk immer mehr in den Kampf um die Rechtmäßigkeit und die Ethik des Sozialismus einbeziehen.

Die politischen und Massenorganisationen müssen diese Probleme diskutieren und das Bewußtsein schaffen, daß es notwendig ist, sie den ideologischen Aufgaben der Gegenwart zuzuordnen. Gleichzeitig müssen sie wirksame Aktionen unternehmen, die die revolutionäre Macht stärken.

Der Presse, die mit der Revolution aus den Händen der Oligarchie in die Hände des Volkes übergang und wirklich frei wurde, kommt im ideologischen Kampf eine lebenswichtige Rolle zu. Die Massenmedien sowie die Bildungseinrichtungen und Kulturstätten stehen vor der größten

Herausforderung, nämlich die Kontinuität der sozialistischen, patriotischen, antiimperialistischen Ideen und Werte, ja der Revolution selbst, in den künftigen Generationen der Kubaner zu gewährleisten.

Wir verteidigen unsere nationale Identität gegen alle Formen der Korrosion und fördern das Ideal Martí vom großen lateinamerikanischen Vaterland und von der umfassenden Entkolonisierung.

Es ist wichtig, unsere Vorbilder und die politische Tradition Kubas als wesentliche Grundlage der politischen Praxis zu bewahren. Im Volk bestehen enorme moralische Reserven, und der größte Beweis dafür liegt im Widerstand, der den Feinden gegenüber entfaltet wird, und im Fortschritt eines revolutionären Prozesses, den viele außerhalb Kubas angesichts der Veränderungen, die die Welt Anfang der 90er Jahre erfuhr, für gescheitert oder undurchführbar hielten.

Kuba bekräftigt erneut seinen Entschluß, standzuhalten und auf seinem eigenen Weg, der das Ergebnis seines historischen Prozesses ist, fortzufahren. Es respektiert das Recht eines jeden Landes, über sein politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches System zu entscheiden, und fordert, daß auch ihm derselbe Respekt entgegengebracht wird.

Wir Kubaner sind dem Meister treu, der darauf verwies: *"Die Regierung muß aus dem Land hergehen. Der Geist der Regierung muß der des Landes sein."*

Die Idee einer demokratischen Gesellschaft, in der das Volk die Macht ausübt und sich selbst regiert, hat die Menschheit im Laufe der Geschichte wie ein Ideal und eine erhabene Sehnsucht begleitet. Von den Mächtigen wurde immer versucht, diese Idee in Grenzen zu halten, während andere sie für ein unerreichbares Hirngespinnst hielten.

Die ständige Präsenz dieser Idee über so viele Jahrhunderte hinweg, die schon vor unserer Zeitrechnung auftauchte, ja sogar noch vor vielen Religionen, hat dem Streben nach ihrer Wirklichkeit, das im Mittelpunkt der edelsten Überlegungen und der heldenhaftesten Kämpfe des Menschen stand, einen universellen Wert verliehen.

Das Wesen dieser Kämpfe war immer die Befreiung des Menschen, ohne die die Verwirklichung des demokratischen Ideals nicht möglich ist.

Auch wenn die Imperialisten versuchen, sich des Konzepts der Demokratie zu bemächtigen, so beutet ihr System, das dem Wesen nach undemokratisch ist, die großen Mehrheiten aus, es unterdrückt sie und schließt sie aus. Um sie zu täuschen, sprechen sie von der repräsentativen Demokratie, aber diese bringt nur die Interessen der Oligarchien zum Ausdruck.

Die große Presse, die Nachrichtenagenturen, das Radio, das Kino und besonders das Fernsehen sowie andere, ständig weiter entwickelte Kommunikationsmittel, bilden riesige monopolartige Systeme, mit denen die Urteilsfähigkeit der Menschen manipuliert und die öffentliche Meinung fabriziert wird.

Die Demokratisierung bleibt weiterhin ein Ziel, das dem Kampf der Arbeiter, der Gedemütigten, der Unterdrückten auf der Welt eigen ist. Sie gewinnt in der Gegenwart eine noch größere Bedeutung, da die neoliberale Globalisierung versucht, einen totalitären Kapitalismus durchzusetzen: In ihm existiert nur der Markt, das Volk zählt nicht.

Mit dem neoliberalen Modell nimmt die gesellschaftliche Polarisierung bis zu einem unerträglichen Extrem zu: Arbeitslosigkeit, Hunger und Not wachsen; die Staatsfunktionen beschränken sich auf die Anwendung von Schocktherapien und darauf, mit Hilfe einer gegen das Volk gerichteten Repression Hüter von Gesetz und Ordnung des Großkapitals zu sein. Gleichzeitig verschlimmern sich die Ausländerfeindlichkeit und der Rassismus, die Ausdruck faschistischer Tendenzen sind.

In diesem Modell ist folglich kein Platz für die Besitzlosen, die in immer größer werdender Zahl zum Leben am Rande der Gesellschaft, zum Ausschluß aus der Gesellschaft verurteilt werden. In Lateinamerika ist die Kluft zwischen den privilegierten Minderheiten und den Besitzlosen

größer als in den restlichen Gebieten. Die Hälfte der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze und über 100 Millionen Menschen sind extrem arm.

Die soziale Ungleichheit wächst mit dem Einfluß der Ausdehnung des Neoliberalismus, nicht nur in der Dritten Welt, sondern auch in den Industrieländern.

Die Vereinigten Staaten sind das Land, in dem die soziale Differenzierung am stärksten in Erscheinung tritt. Unter den Verstoßenen dieser Überflußgesellschaft befinden sich Millionen unserer lateinamerikanischen Brüder, die von der Not gezwungen wurden, auszuwandern, die Schwarzen und viele andere, die in Armut versunken sind.

Der US-Imperialismus verzeiht Kuba nicht, daß es unter den widrigsten Umständen eine Gesellschaft aufrechterhält und entwickelt, die an den Menschen und an die menschliche Solidarität glaubt und das Ideal der Demokratie nicht aufgibt, das über Jahrtausende hinweg der unverzichtbare Traum der Menschheit war.

Das Regime, das uns die USA aufzudrängen versuchen, ist von Grund auf unvereinbar mit all den seit 1959 erkämpften sozialen Errungenschaften. Unser Werk würde völlig zerstört werden. Es würde auf gewalttätigste Weise liquidiert werden, weil heute auf der Welt ein Kapitalismus vorherrscht, den einige seiner Verfechter ohne zu zögern "wild" nennen.

Außerdem wäre im Falle Kuba seine Einführung der Sieg des aggressivsten und reaktionärsten Sektors eines Imperialismus, der uns zutiefst haßt, und der sich als Instrument der Mafia von Annexionisten und Batista-Anhängern bedient, die in Worten, die denen Hitlers ähneln, beim Sturz der Revolution die Berechtigung für sich fordern, drei Tage ungestraft töten zu dürfen.

Die Vereinigten Staaten beabsichtigen, auf Kuba wieder eine Regierung des Imperialismus, durch den Imperialismus und für den Imperialismus einzusetzen.

Angesichts dieses irrsinnigen Plans machen wir uns den Auftrag des Titanen zu eigen:

"Wer versucht, sich Kuba anzueignen, wird sich im Staub seines blutgetränkten Bodens wälzen, falls er nicht im Kampf umkommt."

Wenn die Revolution seit 1868 ein einheitlicher Prozeß war, und es seit Martí auch nur eine einzige Partei der Einheit gegeben hat, so sind auch das Heer der Mambis, die Rebellenarmee und die Bewaffneten Revolutionären Streitkräfte ein und der selbe bewaffnete Arm des Vaterlandes

Landsleute!

Unsere sozialistische Demokratie, Wesen und Ergebnis einer Revolution, hat mit der Ausbeutung und der Diskriminierung Schluß gemacht; das Analphabetentum beseitigt und das Bildungs- und Kulturiveau angehoben; hat den Arbeitern, Bauern, Studenten, dem ganzen Volk die Möglichkeit eröffnet, sich zu organisieren, sich vorzubereiten und sich zu bewaffnen, um ihre Rechte zu verteidigen und ausüben zu können; hat den Wissenschaftlern, Schriftstellern, Künstlern und Intellektuellen die reale Freiheit des Werkes und der Forschung gegeben sowie die Mittel, ihre Arbeiten zu verwirklichen und ihnen eine höhere gesellschaftliche Bedeutung zu verschaffen.

Wir haben den schöpferischen Pluralismus eines befreiten Volkes erreicht.

Unser politisches System, in dem die Macht des Volkes verankert ist, ist die wichtigste Errungenschaft, die wir schützen müssen, denn von ihm hängen alle anderen ab. Die Geschichte hat auf dramatische Weise bewiesen, daß ein Volk alles verliert, wenn es seine Macht verliert.

Unsere sozialistische Demokratie ist bei der Fortführung des Werkes ausschlaggebend, das wir 1959 zugunsten der menschlichsten gesellschaftlichen Beziehungen begonnen haben. Sie eröffnet die Möglichkeit, das Vorschreiten der Revolution fortzusetzen, um den Kubanern des 21. Jahrhunderts ein Land zu übergeben, wie Martí es wollte: eines in dem die ganze Gerechtigkeit erobert wurde.

NAHRUNGSMITTEL ALS WAFFE

Anschlag auf das Leben

ARNALDO MUSA - Granma

• "WER dein Brot hat, hat auch deine Würde", sagt ein afrikanisches Sprichwort. Und vom sozialen und politischen Standpunkt aus ist es tatsächlich so, daß kein Land in Frieden leben kann, wenn über ihm das Damoklesschwert eines großen Nahrungsmitteldefizits schwebt.

Gestern wie heute sind Hunger und Durst nicht nur alltäglich, sondern die sichere Versorgung von Nahrungsmitteln wird auch weiterhin durch jene Menschen gefährdet, die ihre Macht mißbrauchen, um andere abhängig zu machen.

Vor 17 Jahren, auf der Eröffnungsveranstaltung der XVI. Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) in Havanna, stellte Fidel fest: "Ohne soziale Gerechtigkeit kann die Schlacht gegen den Hunger niemals gewonnen werden", und im vergangenen Jahr erklärte er auf dem Welternährungsgipfel in Rom, "Im Kampf gegen den Hunger und die Ungerechtigkeit haben auf der ganzen Welt Millionen Menschen ihr Leben verloren". Er prangerte auch den grausamen Konkurrenzkampf beim Verkauf von Waffen an Länder an, "wo es eigentlich darum geht, den Hunger zu bekämpfen", um dann die Frage zu stellen:

"Warum wird zu alledem noch eine kriminelle Politik, warum werden absurde Blockaden hinzugefügt, die Nahrungsmittel und Medikamente einschließen, um ganze Völker an Hunger und Krankheiten sterben zu lassen? Wo bleibt die Ethik, die Rechtfertigung, die Achtung der elementarsten Menschenrechte, der Sinn solch einer Politik?"

Genau wegen des konsequenten Kampfes für die Durchsetzung dieser Gerechtigkeit konnte Kuba den ständigen Aggressionen der USA auf allen Gebieten standhalten. Vor allem dem imperialistischen Versuch, uns - unter anderem - mit der Waffe der Nahrungsmittel zu strangulieren.

Die US-amerikanische Gesetzgebung zur Vernichtung ganzer Völker wurde durch die Haltung der USA bestätigt, als sie sich 1974, im Jahr der großen Hungersnöte, nicht an der Hilfe für Afrika und Asien beteiligten, weil die Lobby der Farmer und Futtermittelproduzenten Druck ausübte, damit nicht ein einziges Korn vom Marktvorrat ausgeführt würde. Und dies unter dem Vorwand, damit Inflation und Preissteigerungen zu vermeiden.

Ebenso bezeichnete die US-Regierung am 2. Februar 1989 die Ergebnisse der XXV. FAO-Tagung als "unannehmbar", weil dort ein Programm für Nahrungsmittellieferungen an das palästinensische Volk im Gazastreifen und im Westjordanland angenommen wurde. Sie verkündete, man werde prüfen, welche Sanktionen der Organisation aufzuerlegen seien.

Aktuell ist auch das Beispiel Irak, wo nach Schätzungen des Interna-

tionalen Roten Kreuzes der Interventionskrieg und die Blockade einer Million Menschen, darunter 600.000 Kindern, das Leben gekostet haben.

Gewiß haben die USA mit ihren Technologien und ihrem Fortschritt genügend Nahrungsmittel, um den bedürftigsten Ländern davon abzugeben, aber sie widersetzen sich des öfteren den Versuchen auf internationalen Foren, sie davon abzubringen, Nahrungsmittel zu nut-

über die armen Länder ausüben, weil in diesem Gefüge des Drucks solche Faktoren wie die Auslandsverschuldung eine wichtige Rolle spielen, die die notleidendsten Länder niemals tilgen können. Deshalb werden sie auch niemals in Frieden leben können. Denn die ständige Verschlechterung der Austauschverhältnisse, die protektionistische Politik der stärksten kapitalistischen und industrialisierten Großmächte und die Praxis des Dumping, bei der viele Länder der

Dritten Welt mit Hilfe subventionierter Erzeugnisse ihrer Märkte beraubt werden und mit dem die Preise der Exportartikel, von denen sie leben, gedrückt werden, tun ihre Wirkung.

Des heißt, man wendet "subtile" Mechanismen an. So schreibt man diesen Ländern eine Währungspolitik vor, innerhalb derer die von der Großmacht festgelegten Zinssätze gezahlt werden müssen; man stellt Darlehen in einer Währung mit einem bestimmten Wert bereit, die von den unterentwickelten Ländern in einer anderen, überbewerteten Währung zurückgezahlt werden müssen; man entzieht ihnen Kapital, das sie für ihr Wirtschaftswachstum benötigen, und man gewährt ihnen Kredite, die aufgrund ihrer Eigenschaften nicht für die Entwicklung eingesetzt werden können.

Dies geschieht, weil auf unserer Welt immer noch die reichen Länder dominieren. Das sieht man z.B. in der UN-Menschenrechtskommission, wo die US-amerikanische Resolution, die vor einigen Wochen

gegen Kuba angenommen wurde, nicht ein Wort über die Blockade gegen die Insel enthielt, die eine neue Verletzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte eines ganzen Volkes darstellt.

Und das ist so, weil noch ein weiterer Weg zurückgelegt werden muß, damit die universale Aufgabe der Völker, die führende Rolle zu übernehmen und die Probleme des Hungers, des Rückschritts in der Landwirtschaft und der sozialen Ungleichheit zu lösen, Wirklichkeit wird. Nur so wird man die Nahrungsmittel nicht mehr als Waffe gegen das erste Recht des Menschen, das Recht auf Leben, einsetzen können.



zen, um politischen oder ökonomischen Druck auf andere Staaten auszuüben.

Ebenso beachten ihre Unternehmen weder die internationalen Bestimmungen über die Verbreitung und Anwendung von Schädlingsbekämpfungsmitteln noch die Regelung, die den Verkauf von Substanzen an unterentwickelte Länder untersagt, die in den Herkunftsländern verboten sind.

Außerdem kontrollieren einige wenige Unternehmen aus den USA und anderen Industriestaaten den Markt für Saatgut und dessen Genmanipulation.

Aber das sind nur "kleine Fische" im Rahmen der Kontrolle, die die USA und andere reiche Staaten

Auf einen Blick

ZIGARREN DER MARKE "VEGAS ROBAINA" IN SPANIEN

• IM Madrider Luxushotel Ritz wurde die dritte Zigarrenmarke präsentiert, die in den letzten 30 Jahren in Kuba patentiert wurde. Bei der Vorstellung der fünf Bauchbinden der neuen Zigarrenmarke "Vegas Robaina" äußerte Francisco Linares Calvo, Präsident der Firma *Habanos S. A.*, es seien genügend Gründe vorhanden gewesen, um Madrid als Ort für die Präsentation auszuwählen, denn Spanien sei das Land gewesen, das vor mehr als 500 Jahren als erstes Bekanntheit mit dem kubanischen Tabak gemacht habe.

DER ZUCKER BLEIBT VOM MERCOSUR AUSGESCHLOSSEN

• DIE Zuckerrwirtschaft ist nicht in den Freihandelsabkommen des Gemeinsamen Marktes des Südens (MERCOSUR) enthalten, und das könnte so bleiben. Die schwere soziale Krise im Norden Argentiniens läßt es vorläufig nicht zu, das Produkt in den freien Handel innerhalb der Region einzubeziehen.



UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE FORSTWIRTSCHAFT IN URUGUAY

• DIE Europäische Union unterstützt den Plan zur Entwicklung der Forstwirtschaft, den dieses Land mit besonderem Nachdruck vorantreibt. Im Jahr 2000 hoffen die forstwirtschaftlichen Unternehmen, als Ergebnis der Aufforstung auf rund 35.000 Hektar Land rund 2,5 Millionen Tonnen Holz zu exportieren.

ENGERE ZUSAMMENARBEIT MIT TRINIDAD UND TOBAGO

• KUBA und Trinidad und Tobago führen regelmäßig Beratungen durch, deren Ziel es ist, in diesem Sommer neue Bereiche der Kooperation festzulegen, zu denen der Handel, die wissenschaftlich-technische und die kulturelle Zusammenarbeit zählen werden, wie der Minister für Industrie und Handel aus Trinidad und Tobago, Melvin Assam, erklärte.

KORALLENRIFFE IM MITTELPUNKT DER AUFMERKSAMKEIT

• IN Belize werden Pläne zum Küstenschutz umgesetzt, denen die erfolgreiche Erfahrung des Meeressparks des Großen Korallenriffs in Australien zugrunde liegt, das sich über eine Fläche von 35.000 Quadratkilometern erstreckt. Es existieren internationale Bemühungen, um die insgesamt 600.000 km großen Korallenriffe unseres Planeten zu retten, denen sich auch lateinamerikanische Länder anschließen.

Neue Aktionen gegen Kuba im Kongreß der USA

• Diese Politik ist heute die größte Gefahr für die Souveränität aller Staaten

• JENE Elemente der US-amerikanischen Ultrarechten, die hinter dem Helms-Burton-Gesetz stehen, und insbesondere die annexionistische und batistianische Mafia Miamis, haben sich in eine wahre Flut der Unterbreitung neuer Vorschläge gestürzt, die den Verpflichtungen, die die US-Regierung erwartungsgemäß gegenüber der Europäischen Union eingegangen ist, diametral entgegengesetzt sind.

Dies verkündete der Präsident des kubanischen Parlaments, Ricardo Alarcón, vor mehr als hundert kubanischen und ausländischen Journalisten auf einer Pressekonferenz am 30. Mai 1997 in Havanna.

Am gleichen Tag gab die kubanische Regierung bekannt, daß der Ausschuß für internationale Beziehungen des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten von Amerika am 6. Mai 1997 Dutzende Gesetzentwürfe angenommen habe, die darauf gerichtet seien, die Blockade gegen Kuba zu verschärfen und die Subversion von innen zu verstärken.

"In einigen Fällen handelt es sich um Zusätze zum Helms-Burton-Gesetz, in anderen werden vorangegangene Gesetze verändert, obwohl genaugenommen all diese Aktionen als Teil des gleichen Schemas der Aggression gegen Kuba gewertet werden können, das im Helms-Burton-Gesetz zusammengefaßt ist", erklärt das anklagende Dokument. Gleichzeitig hebt es vier grundlegenden Merkmale dieses Prozesses zur Verschärfung der Blockade hervor:

- "Die Geheimhaltung, mit der es selbst in den Medien des Kongresses behandelt wurde. Selbst einige Abgeordnete, die mit dem Thema Kuba befaßt sind, wußten nichts von seiner Annahme. Mit Ausnahme dessen, was sich auf die Internationale Atomenergieorganisation (IAEA) bezieht, hat die Presse es völlig totgeschwiegen."

- "Der Versuch, die Regierung



Arnaldo SANTOS

durch die Vorlage von periodischen Berichten ständig in die Defensive zu drängen und sie so der ohnehin schon geringen Flexibilität in ihrer Kubapolitik zu berauben."

- "Der Kontrast zur Vereinbarung, die mit der Europäischen Union getroffen wurde. Diese beinhaltet das Versprechen der USA, sich um eine Modifizierung des Helms-Burton-Gesetzes zu bemühen, die diesem besonders in bezug auf das vierte Kapitel größere Flexibilität verleihen soll."

- "Die eindeutige Botschaft, die im Zusammenhang mit dem Vorgenannten übermittelt wird. Sie besteht darin, daß die Kräfte, die hinter dem Gesetz stehen, nicht gewillt sind, es verwässern zu lassen, sondern einer Modifizierung nur zustimmen, um seinen Charakter der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und der Extraterritorialität noch zu verstärken."

Kuba gab ebenfalls Einzelheiten darüber bekannt, daß die antikuba-

nischen Abgeordneten bereits "einen neuen Entwurf zur Erweiterung des Helms-Burton-Gesetzes" angekündigt haben, "der es gestattet, von Unternehmen aus Drittländern, die in Kuba Geschäfte tätigen, in den USA Steuern zu verlangen und diejenigen, die der Zahlungsaufforderung nicht nachkommen, vor Gericht zu stellen".

Es sind noch zwei andere Gesetzentwürfe im Umlauf, "die von den Mitgliedern des Ausschusses für internationale Beziehungen zur Verschärfung des Helms-Burton-Gesetzes ausgearbeitet wurden. Dabei geht es um die Möglichkeit des Präsidenten, die Gerichtsverfahren, die das Kapitel III vorsieht, hinauszuschieben", fügt das in der Tageszeitung *Granma* veröffentlichte Dokument hinzu.

Unter den zehn abgeänderten Abschnitten des "Gesetzes zur Reform der Außenpolitik" zitierte der *Granma*-Text "Die Einstellung der Unterstützung durch die USA für Länder, die der Regierung Ku-

bas helfen". Darin wird festgelegt, daß der Präsident spätestens 180 Tage nach Annahme des Gesetzes die Unterstützung dieser Länder in den Bereichen Wirtschaft, Entwicklung und Sicherheit einstellt sowie sie von allen Handelsformen ausschließt, die nicht zu Marktbedingungen abgewickelt werden.

Eine weitere Änderung, die zitiert wird, ist "Die Bereitstellung von Geldern für das 'Gesetz der Freiheit und der demokratischen Solidarität für Kuba' aus dem Jahr 1996 und das 'Gesetz der kubanischen Demokratie' aus dem Jahr 1992". In den Jahren 1998 und 1999 sind danach nicht weniger als zwei Millionen Dollar vorgesehen, "die in großem Maße dafür bestimmt sein werden, die konterrevolutionären Gruppen zu finanzieren, um die innere Subversion zu organisieren".

Im *Granma*-Text werden ebenfalls Einzelheiten darüber bekanntgegeben, daß die USA die Hilfe für Rußland und für die IAEA an die Bedingung knüpft, Kuba keinerlei Unterstützung in nuklearen Angelegenheiten zu gewähren; über die Einstellung der Hilfe für Länder, die der Insel nukleare Brennstoffe liefern; sowie über die Bereitstellung von mehr als 22 Millionen Dollar in den nächsten zwei Jahren für ein Programm von Radio- und Fernsehsendungen gegen Kuba.

"Die Politik gegen Kuba, für die die USA mit Vorwänden, die jeglichen Fundaments entbehren, Anhänger gewinnen will, ist heute die größte Gefahr, für die Souveränität aller Staaten", bringt die Anklage der kubanischen Regierung zum Ausdruck.



IN WENIGEN STUNDEN VON KUBA IN DIE GANZE WELT

Senden oder erhalten Sie in kürzester Zeit Briefe, Urkunden, Dokumente, Zeitschriften, Verkaufsmuster und andere Materialien.

Aus aller Welt nach Kuba - aus Kuba in alle Welt
Nur D H L

• Habana, Ave. 1ra y 42, Miramar T-331578 33-1876
• Varadero, Ave. 1ra y 64 T-62103

WORLDWIDE EXPRESS

...Wir kommen früher an als andere!

US-Repräsentantenhaus beschließt Gesetzesentwurf zur Reform der Außenpolitik

• WASHINGTON. -- DAS Repräsentantenhaus der USA beschloß den Gesetzesentwurf zur Reform der Außenpolitik, der die Zusätze enthält, die das Helms-Burton-Gesetz gegen unser Land verschärfen sollen. Auf diese Weise wird die von Kuba passend formulierte Anklage zu dieser neuen Aggression bestä-

tigt, die geheim und gezielt ausgebrütet wurde.

Nach dem festgelegten Gesetzgebungsverfahren wird dieser Entwurf jetzt dem Senat zur Beratung und Abstimmung übergeben. Sollte er von dieser Instanz angenommen werden, läge die Frage von Annahme oder Veto bei Präsident Clinton.



Unser Amerika



ZUSAMMENGESTELLT VON CINO COLINA

Die Labyrinth der Armut

• OBWOHL von einem relativen wirtschaftlichen Fortschritt in Lateinamerika und in der Karibik gesprochen wird, enthüllt ein kürzlich veröffentlichter Bericht der Vereinten Nationen, daß 110 Millionen Menschen dieser Region, d. h. 24% der Bevölkerung, von Einkommen leben oder überleben, die einem Dollar oder weniger entsprechen.

Der Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) macht sichtbar, daß das durchschnittliche Niveau der menschlichen Entwicklung - allgemeine Lebensbedingungen betreffend - dennoch von allen Regionen der Dritten Welt in Lateinamerika am weitesten vorangeschritten ist. Und von der neuen Kennziffer ausgehend, die als Index der menschlichen Armut bezeichnet wird, liegt der Durchschnitt bei 15%, obgleich er, wenn man die finanzielle Armut berücksichtigt, 24% beträgt.

Die Kennziffer wird festgelegt, indem man von dem Anteil der Bevölkerung ausgeht, dessen durchschnittliche Lebenserwartung unter 40 Jahren liegt, vom Ausmaß des Analphabetentums und vom fehlenden Zugang zu den Dienstleistungen des Gesundheitswesens, zu Nahrungsmitteln und zu Trinkwasser. Das ergibt nach Meinung der



Verfasser in jedem Land einen Maßwert vom Standpunkt der menschlichen Entwicklung aus.

Von den 78 Ländern auf der Liste des UNDP entfallen 19 auf die Region: Trinidad und Tobago (4,1%), Kuba (5,1%), Chile (5,4%), Costa Rica (6,6%), Kolumbien (10,7%), Mexiko (10,9%), Panama (11,2%), Uruguay (11,7%), Jamaika (12,1%), Ecuador (15,2%), Dominikanische Republik (18,3%), Honduras (22%), Bolivien (22,5%), Peru (22,8%), Paraguay (23,2%), Nicaragua (27,2%), El Salvador (28%), Guatemala (35,5%) und Haiti (46,2%).

Fernando Zumbado, der Direktor des UNDP für Lateinamerika und die Karibik, erklärte gegenüber AP, daß die Region nicht so voranschreite wie sie sollte, denn 1987

lebten 22% der Bevölkerung in Armut und 10 Jahre später sei diese Ziffer auf 24% angestiegen. "Das Problem besteht darin, daß sich die Einkommen auf jene konzentrieren, die mehr haben. Gegenwärtig besitzen 20% der Bevölkerung 78mal mehr als jene, die weniger haben."

Wie das Dokument veranschaulicht, existieren heute in Lateinamerika größere soziale Ausgrenzung und mangelnde Freiheit, ein größerer Ausschluß vom Handel und den finanziellen Strömungen der Welt, höhere Geburtenraten und eine größere Verbreitung von AIDS, ein beschleunigter Abbau der natürlichen Ressourcen sowie mehr Menschen, die von ihrem Wohnsitz und aus ihrem Land wegziehen.

Neben vielen anderen interessanten Angaben bekräftigt der Bericht, daß weltweit 1,2 Milliarden Menschen kein Trinkwasser haben,

etwa 13% davon sind Lateinamerikaner. 507 Millionen Menschen sterben, bevor sie ihr 40. Lebensjahr erreichen, 13% davon entfallen auf die lateinamerikanische Region. Von den 158 Millionen unterernährten Kindern auf dem Planeten stammen etwa fünf Prozent aus Lateinamerika.

Außerdem wird festgestellt, daß Lateinamerika und die Karibik das Analphabetentum zwischen 1970 und 1995 von 30 auf 10% gesenkt haben. Der Anteil der Bevölkerung ohne Trinkwasser wurde von 40 auf 22% reduziert und der Prozentsatz der Kinder unter fünf Jahren mit starker Unterernährung ging in den letzten zwei Jahrzehnten von 18

auf 10% der Gesamtbevölkerung zurück.

Der Bericht erläutert weiterhin, daß 23 der 33 Nationen der Region die auf dem Gipfel für gesellschaftliche Entwicklung von 1994 festgelegten Ziele in den Bereichen Bildungswesen, Gesundheitswesen und Lebensstandard vorfristig erfüllt haben.

In seiner Analyse gibt der Bericht zu, daß die Globalisierung in großem Maße die reichen Länder favorisiere und den weniger begünstigten zum Nachteil gereiche, und wenn nicht sorgfältiger vorgegangen werde, blieben die armen Länder immer mehr am Rand. Auch stellt er fest, daß die Entwicklungsländer angesichts der ungleichen Handelsbedingungen und infolge der Globalisierung jährlich Verluste von 500 Milliarden Dollar zu verzeichnen haben.

Zu diesem Thema erläutert er weiter, in Ländern wie Argentinien, Chile, Ecuador, Mexiko, der Dominikanischen Republik und Uruguay sei die Liberalisierung des Handels mit einer größeren Ungleichheit einhergegangen.

Hinsichtlich der Einkommen weist der Bericht darauf hin, daß in der Region in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts ein bedeutender Rückgang zu verzeichnen war, besonders in Kolumbien und in Chile. In Mexiko und Argentinien sei das Ausmaß der Armut in den letzten zehn Jahren relativ stabil geblieben.

Richard Jolly, stellvertretender Geschäftsführer des UNDP, erklärte gegenüber DPA, die Armut sei viel komplizierter als es aussehe. "Die wahre menschliche Tragödie liegt darin, daß den Menschen Möglichkeiten und die Optionen fürs Leben verwehrt bleiben, was sie in vielen Fällen für immer benachteiligt."

ECUADOR

Haushaltsdefizit

• ZUR gleichen Zeit, als Präsident Fabian Alarcón die wirtschaftlichen Maßnahmen ankündigte, mit denen er das Haushaltsdefizit auf 2,7% des Bruttoinlandsprodukts reduzieren will, ohne die ärmeren Kreise der Bevölkerung zu schädigen, wurden die Stromtarife um 60% erhöht.

Alarcón verpflichtete sich kürzlich der katholischen Kirche gegenüber, keine traumatischen Wirtschaftsmaßnahmen zu ergreifen, die den anfälligsten Sektoren der Gesellschaft schaden würden. Jetzt verkündete er vor der Presse, die Reduzierung des Haushaltsdefizits basiere auf sechs grundlegenden Handlungssträngen, berichtet PL.

Der Präsident schlug vor, die Gewinnspannen bei Brennstoffen einzuschränken, die Gewinne aus dem Rohölexport abzuschöpfen, um die Derivatimporte

zu finanzieren, sowie die Geschäftsabwicklung bei Ein- und Verkaufsoperationen des Erdöls mittels Kreditbriefen durchzuführen. Gleichzeitig kündigte er an, die Verwaltung der staatlichen Mittel bei der Zentralbank zu übernehmen, die Steuer- und Zolleinnahmen effizient durchzuführen sowie die ausstehenden Zahlungen an das Elektroenergieunternehmen einzutreiben, die sich auf 57 Mio. Dollar belaufen.

BRASILIEN

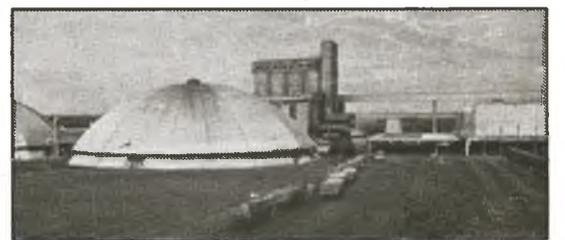
Liberalisierung des Agrarhandels

• DEN internationalen Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu liberalisieren und die nicht tarifgebundenen Schranken abzubauen, war die brasilianische Forderung auf der Versammlung der Cairns-Gruppe in Rio de Janeiro.

Nach Meldungen von PL beantragte der Außenminister Luis Felipe Lampreia die fortgesetzte Reduzierung der Exportsubventionen, bis hin zu deren Abschaffung, größere Disziplin bei der Kreditaufnahme zum Export, die effiziente

Leitung im Rahmen der Prinzipien, auf die sich das Agrarabkommen der Beitrittsverhandlungen zur Welthandelsorganisation (WTO) stützt. Weiterhin strebt er die zunehmende Beseitigung von Preisspitzen an. Dabei denkt er an Maßnahmen zur Festlegung von allgemeinen und spezifischen Höchstgrenzen. Schließlich will er auch die Subventionen im Lande schrittweise senken, wenngleich nicht gänzlich abbauen, da sie sich auf den internationalen Handel von landwirtschaftlichen Erzeugnissen nachteilig auswirken.

Brasilianische Quellen bemerken, daß der Agrarsektor seine relative Bedeutung innerhalb der nationa-



len Wirtschaft zurückgewinnt. Auch wenn der Anteil der landwirtschaftlichen Produktion am Bruttoinlandsprodukt von 25% in 1955 auf 7,7% in 1989 zurückging, so hat sich diese Tendenz in den 90er Jahren umgekehrt. 1996 erreichte sie 13,2% berichtet IPS.

Diese neue Erholung der Landwirtschaft ist der Verbesserung der Preise zu verdanken, selbst im Vergleich zu industriellen Produkten, und dem Produktionszuwachs um jährlich 7 bis 8%. Die Experten Carlos Caetano Bacha und Marcelo Rocha bleiben jedoch bei der Auffassung, daß es unsicher sei, ob diese Tendenz anhalte.



Die schnelle Ausbreitung von Vierteln mit ungesunden Wohnverhältnissen hat die zentralen Stadtbezirke erreicht

Ahmed VELAQUEZ

◆ Neue Regelungen
für die kubanische
Hauptstadt

ELOY RODRÍGUEZ
- Granma Internacional

• "MEHR verkraftet Havanna nicht", hieß vor einigen Jahren ein Salsa-Hit, der mit Humor auf das Problem der Binnenwanderung in Kuba aufmerksam machte, speziell auf die Zuwanderung in die Hauptstadt.

Jetzt gingen die Behörden noch einen Schritt weiter. Sie erließen eine Verordnung, die von vielen, insbesondere den Bewohnern der Hauptstadt, begrüßt wurde. Mit ihr wird versucht, den wachsenden Zustrom von Menschen, die sich auf jede beliebige Art und Weise in Havanna niederlassen, aufzuhalten oder zumindest einzudämmen.

In dem vom Exekutivkomitee des Ministerrates herausgegebenen Dokument heißt es, "in den letzten Jahren hat sich eine Bewegung von Menschen herausgebildet, die sich aus anderen Landesteilen mit dem Ziel nach Havanna begeben, sich dort niederzulassen und allein oder mit anderen zusammen zu wohnen. Das verschärft die bereits ersten Wohnungsprobleme, die Schwierigkeiten bei der Gewährleistung einer stabilen Arbeitsstelle, eines angemessenen innerstädtischen Nahverkehrs und der Versorgung mit Wasser, Elektrizität und Haushaltsbrennstoffen. Weiterhin wirkt es sich auf die Qualität der Dienstleistungen im Gesundheits- und im Bildungswesen aus und verringert die Möglichkeiten, andere notwendige Dienstleistungen zu gewährleisten..."

Vor dem wirtschaftlichen Rückgang der 90er Jahre verließen jährlich etwa 20.000 Menschen die Hauptstadt und 31.000 kamen hinzu. Das ergab ein Saldo von elftausend Menschen, eine nach internationalen Maßstäben geringfügige Zahl.

Dagegen weisen die Statistiken im vergangenen Jahr 13.000 Wegzüge und 38.000 Zuzüge aus.

Das ist besorgniserregend.

"Die Verordnung ist lebenswichtig",

Binnenwanderung

versichert Erik Sing als "waschechter Einwohner Havannas", der von chinesischen Emigranten abstammt.

"Die Wohnungsprobleme der Stadt sind groß, und die Zuwanderer aus anderen Provinzen verschlimmern sie noch. Ich bin davon nicht betroffen, wohl aber andere Einwohner Havannas, die keine Wohnung haben oder keine Arbeit finden."

Genauso wie ihre Größenordnung, oder vielleicht sogar noch mehr, bieten die qualitativen Auswirkungen der Wanderung, die bereits die zentralen Stadtbezirke erreicht hat, Anlaß zur Sorge: Überbelegungen, Ausbreitung von Vierteln mit ungesunden Wohnverhältnissen und alle möglichen sozialen Probleme bis hin zu Straftaten.

Die Verordnung widmet den am meisten betroffenen Stadtbezirken besondere Aufmerksamkeit, das heißt der Altstadt sowie den Stadtbezirken Cerro, Diez de Octubre und Centro Habana.

Der Stadtteil Dragones im letztgenannten Bezirk erstreckt sich über eine Fläche von 0,52 km, und nach sehr vorsichtigen Berechnungen dürften dort rund 40.000 Menschen in etwas mehr als 14.000 Haushalten leben.

Gilberto Barrial, Vorsitzender des Volksrates, versichert, dies sei vorzugsweise eine Gewerbezone: "Hier blühen die Geschäfte regelrecht". Deshalb kämen auch viele Leute her, und um zu Geld zu kommen, machen sie, legal oder auch nicht, alles mögliche.

Außerdem, sagt er, habe man Probleme mit der Hygiene. Hier gäbe es schwere Schäden, unter anderem, weil die Netze der Verdunstungsleitungen für eine Bevölkerung von höchstens 10.000 Menschen ausgelegt seien.

"Die genaue Anzahl der Leute, die hier wohnen, ist uns unbekannt. Bei uns gibt es Gebäude mit rund 70

Familien, die eigentlich nur Kapazität für 12 Familien haben. Weder in Tokio noch in Mexiko-Stadt leben so viele Menschen pro Quadratkilometer zusammen."

Von jetzt an müssen Personen aus anderen Landesteilen, die sich in der Hauptstadt niederlassen wollen, um dort allein oder mit anderen zusammen zu wohnen, die Zustimmung des Vorsitzenden des Verwaltungsrates jenes Stadtbezirks beantragen, in dem sich die gewünschte Wohnung befindet. Das gleiche gilt auch für Personen aus Havanna selbst, die sich in besagten Stadtbezirken niederlassen möchten.

Desgleichen wird das Einverständnis der Eigentümer oder Vermieter der Wohnung gefordert, in die man ziehen möchte, egal ob es natürliche oder juristische Personen sind. Und für den Fall, daß die Wohnung in einem "Sondergebiet" liegt, oder in einem Bereich, der "als besonders bedeutend für den Tourismus erklärt wurde", ist noch eine Stellungnahme der zuständigen Institution oder deren Niederlassung notwendig.

Hilda María ist eine der Zugezogenen aus dem östlichen Teil des Landes, aus dem die meisten Zuwanderer kommen.

Sie wohnt im Stadtbezirk Diez de Octubre und stammt aus der Provinz Santiago de Cuba. Als sie 1985 kam, interessierte die Zuwanderung noch wenig. Viele staatliche Betriebe ermutigten sogar noch dazu, indem sie unkontrolliert Arbeitskräfte aus anderen Provinzen heranholten.

"Mein Mann arbeitet auf dem Bau, und man schlug ihm vor, hier zusammen mit anderen Kollegen an einem Vorhaben mitzuarbeiten, und man gab ihm diese Wohnung."

Es handelt sich um eine verwahrloste Einraumwohnung in einem auffälligen und überfüllten Gebäude, die sie zusammen mit ihrem Ehemann, dem Sohn und einem

Bruder, der später dazu kam, bewohnt.

Hilda weiß, daß sie in schlechten Wohnverhältnissen lebt und sie unterstützt die eben erlassene Verordnung sogar - "um zu sehen, ob sich für uns, die wir schon hier sind, etwas verbessert" -, aber sie möchte auf keinen Fall wieder an ihren Herkunftsort zurückkehren müssen.

Vor kurzem kam ein weiterer Bruder mit Ehefrau und drei Kindern und offensichtlich sehr unternehmungslustig. In einer Nacht baute er aus einigen weggeworfenen Brettern und Blechplatten sein eigenes "Heim" am Rande der Stadt. Am nächsten Tag hatte er bereits seinen festen Wohnsitz in Havanna.

Viele Zuwanderer, hauptsächlich Jugendliche, haben irgendwo in der Stadt ihr Lager aufgeschlagen, sogar in Kinos, Läden und Hotels, die wegen Reparaturbedürftigkeit oder infolge der Wirtschaftskrise geschlossen wurden.

Das Hotel Bristol und die Kinos Rex und Duplex im Herzen der Stadt sind einige davon. Das Hotel, das vor vielen Jahren seine Blütezeit erlebte, beherbergt gegenwärtig etwa 280 Familien, vor allem aus den östlichen Provinzen.

Die Verordnung legt fest, daß die für Architektur und Städteplanung zuständigen Bezirksverwaltungsstellen ein Dokument auszustellen haben, in dem für das Gebäude die Mindestanforderungen der Wohnbarkeit bescheinigt werden. Außerdem muß für jedes Mitglied der Familie eine überdachte Wohnfläche von mindestens 10 m zur Verfügung stehen.

Weiter heißt es dort: "Der Wohnsitz, als Daueraufenthalt oder in ständiger Lebensgemeinschaft kann nicht anerkannt werden, wenn das in Havanna befindliche Gebäude unbewohnbar ist, sich in einem Wohnviertel in gesundheitsgefährdendem Stadium befindet oder nicht die angemessenen Mindestanforderungen erfüllt".

All dies gilt für jene, die durch Erbschaft, Nachlaß, Schenkung und andere Formen der Übereignung in den Besitz einer Immobilie gelangt sind, denen eine aus staatlichem oder sozialem Interesse zugewiesen wurde, oder die ihre Wohnung gegen eine in der Hauptstadt tauschen.

Bei Verstößen gegen diese Verordnung drohen Strafen von 200 bis zu 1.000 Peso sowie die unverzügliche Rückkehr an den Ort ihrer Herkunft.

Trotz des Alarms ist die kubanische Hauptstadt in bezug auf den Bevölkerungszuwachs im Vergleich zu den restlichen Hauptstädten Lateinamerikas kein typischer Fall.

Während beispielsweise in der peruanischen Hauptstadt die Bevölkerungszahl von 1959 bis heute um rund sieben Millionen Einwohner anstieg, leben in Havanna, das damals 1,3 Mio. Einwohner zählte, heute 2,2 Millionen Menschen.

Experten zufolge betrug der Zuwachs nur 0,9 % und liegt damit sogar noch unter dem der übrigen Provinzen, in denen die Bevölkerung um ungefähr 2,3 % zunahm.

Dennoch sind es gerade die Einwohner von Havanna, die darauf bestehen, daß es ihre und keine andere Stadt ist, die mehr nicht verkraftet.